

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 35 vom 31. August 1979

13. Jahrgang

1 DM

Roter Antikriegstag 1979

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Am 1. September 1979 jährt sich zum vierzigsten Mal der Überfall der faschistischen Hitler-Wehrmacht auf Polen, der Ausbruch des 2. Weltkrieges. Wieder einmal hatten die Siemens, Krupp und Thyssen deutsche Soldaten in Marsch setzen lassen, wieder einmal hatten sie die deutschen Werktätigen für ihre Profite auf die Schlachtbank geführt. Wieder einmal hatten sie die Welt in ein bis dahin unvorstellbares Blutbad geführt.

1945 war der deutsche Faschismus zusammengebrochen. Doch die hauptsächlichsten Kriegsverbrecher rotteten sich in den westlichen Besatzungszonen erneut zusammen. Gegen den Willen des Volkes vollzogen und vertieften sie die Spaltung der Nation. Gegen den Willen des Volkes setzten sie die Wiederaufrüstung durch und machten Westdeutschland zur europäischen Stütze des aggressiven NATO-Paktes. Dieselben Herren, die die Welt vor vierzig Jahren in den Krieg stürzten, verfügen heute über die drittstärkste Armee der Welt.

Die westdeutschen Imperialisten, deren Kriegsminister Strauß bereits 1956 verkündete, daß die Stärke der NATO ausreichen würde, „um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte zu streichen“, beteiligen sich heute aktiv an der Kriegshetze gegen die arabischen Völker. Kanzler Schmidt mutmaßte öffentlich, der „Wettlauf um Öl und Erdgas“ könne „zur

Konfrontation der großen Staaten“ führen, und CDU-Jungmann Todenhöfer forderte westdeutsche Beteiligung an der berüchtigten amerikanischen Eingreiftruppe. Die amerikanischen Kriegsdrohungen gegen die Ölstaaten halten an. Wieder sind die Imperialisten dabei, offen auf die Karte des Krieges zu setzen, um ihre gigantischen Ölprofite nicht durch die Absicht verschiedener Ölstaaten gefährden zu lassen, selber über ihr Öl zu entscheiden.

Daß Westdeutschland dabei zu den aggressivsten Kräften gehört, zeigt die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß, zeigt sich in der Berufung seines Busenfreundes und Alt-Nazis Karl Carstens in das Amt des Bundespräsidenten. Bonn marschiert in Richtung auf Faschismus und Krieg.

Das gilt es zu verhindern! Oder wollen wir warten, bis wir, fortschrittliche Bürger, Christen, Sozialdemokraten und Kommunisten uns gemein-

sam in den KZs einer neuen faschistischen Diktatur wiederfinden?

Wer will, daß es keine Kriege gibt, wer will, daß die Gefahr des Faschismus ein für allemal beseitigt wird, der muß ihre Ursachen, das kapitalistische Gesellschaftssystem durch die proletarische Revolution beseitigen.

Doch heißt das bis dahin, bis die Massen dies wollen, die Hände in den Schoß zu legen und warten? Natürlich nicht. Wenn wir bereit sind zu kämpfen, wird es den Imperialisten schwerfallen, ihre kriegerischen Ziele zu verwirklichen.

Deshalb Arbeiter, Angestellte, Werktätige und Jugendliche rufen wir Euch auf: Kämpft gemeinsam mit Eurer Partei, der KPD/ML, gegen Krieg und Faschismus. Verwandeln wir alle Veranstaltungen und Aktivitäten zum 1. September in machtvollere Demonstrationen gegen den imperialistischen Krieg!

Im ganzen Bundesgebiet

Schon seit längerer Zeit ist bekannt, daß der Verfassungsschutz Betriebsratswahlen in Bremer Betrieben kontrolliert und die Betriebsräte registriert. Jetzt gab der Bremer Innenminister Fröhlich vor der Presse zu, daß diese Bespitzelung „bundesweit einheitliche Praxis“ des Verfassungsschutzes ist. Das bedeutet, daß der Verfassungsschutz seit 1963 systematisch alle Betriebsratswahlen in der Bundesrepublik überprüft und Informationen über Betriebsräte und Betriebsratskandidaten gesammelt hat.

Aufgrund der starken Proteste, die die bisherigen Veröffentlichungen über die Bespitzelung in Bremer Betrieben hervorgerufen haben, sah sich Fröhlich zu diesem Eingeständnis genötigt. Jetzt fürchtet er, besonders angesichts der Bremer Senatswahlen im Oktober große Worte über eine „bundes-



Streik war die Antwort der 450 Mann starken Belegschaft des Achsbrückenwerkes Mannesmann-Kammerich in Bielefeld-Brackwede, als sich Anhaltspunkte dafür ergaben, daß ihr Werk stillgelegt und die Produktion nach Dinslaken bei Duisburg verlagert werden soll. Im Laufe des Streiks bestätigten sich die Befürchtungen der Stahlarbeiter. Durch die Verlagerung der Achsbrückenfertigung nach Dinslaken wollen die Mannesmann-Kapitalisten Millionen an Subventionen aus dem „Ruhrgebietsprogramm“ (das angeblich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dient) kassieren. Für die so auf Kosten des Steuerzahlers modernisierte Produktion würden sie in Dinslaken nur noch 260 Arbeiter statt jetzt 450 in Brackwede benötigen. Damit könnten sie den Profit enorm steigern. Schon jetzt wirft die Achsbrückenfertigung überdurchschnittlichen Gewinn ab. Im letzten Jahr erarbeiteten die 450 Kammerich-Arbeiter für die Mannesmann-Kapitalisten einen Bilanzgewinn von 10 Millionen Mark. Sechs Tage dauerte der Streik bei Kammerich, der von der IGM nicht unterstützt wurde. Das Foto zeigt die streikenden Arbeiter auf dem Weg zu einer außerordentlichen Betriebsversammlung (ausführliche Berichte auf Seite 7).

Bei Zuwiderhandlung 500 000 Mark

Strauß beantragt Einstweilige Verfügung

Franz Josef Strauß, der Kanzlerkandidat der CDU/CSU, der ehemalige nationalsozialistische Führungsoffizier, der laut eigenen Worten die „roten Ratten“ in ihre Löcher verjagen will, der laut eigenen Worten in Sonthofen im Falle seines Machtantritts dafür sorgen will, daß keiner der Banditen bis zum Ende des Jahrhunderts mehr das Maul aufzumachen wagt, der von jedem Bewerber um ein hohes Amt im Staat verlangt, daß er gewissenhaft seine Vergangenheit aufzeigen muß und der eine Diktatur Marke Pinochet meint, wenn er Freiheit sagt, hat der presse-rechtlich verantwortlichen Genossen der KPD/ML, Verena Wiechern, und dem 1. Sekretär der Roten Garde, Genossen Reinhard Haneld, folgende Aussagen per Einstweiliger Verfügung verbieten lassen:

• „Stoppt Strauß! Verhindert

ein neues '33!'“

- „Stoppt den Vormarsch von Strauß, oder sollen wir warten, bis wir uns früher oder später wiederfinden, Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter, Christen, deutsche und ausländische Arbeiter, in den neuen KZs?“
- „Wer Strauß wählt, wählt Faschismus und Krieg!“
- Ferner darf der Strauß-Ausspruch vom 10.10.70, 20.30 Uhr im „Wienerwald“ in New York: „Wer mich daran hindern würde, an die Macht zu kommen, den würde ich umbringen“, nicht publiziert werden.
- Außerdem ist es den oben genannten Genossen verboten, Strauß als den „Hitler von heute“ zu bezeichnen.

Zuwiderhandlungen werden mit einer Geldstrafe bis zu 500 000 Mark geahndet.

„Freies Geleit“ für Nazi-Führer

Im Bückeburger Prozeß gegen eine Gruppe von faschistischen Terroristen sagte in der vergangenen Woche der Führer der „NSDAP-Auslandsorganisation“, Gerry Lauck, aus. Lauck, der amerikanischer Staatsbürger ist und als Hintermann der westdeutschen Neonazis gilt, bekam vom Gericht „freies Geleit“ zugesichert. (Artikel auf Seite 3).

Nachschlag durchgesetzt!

Die Belegschaft des Metallbetriebes Ortmann & Herbst in Hamburg erhält einen Lohn- und Gehaltsnachschlag. Der IGM-Vertrauenskörper in diesem Werk hatte 80 Pfennig mehr pro Stunde bzw. 140 Mark monatlich für alle gefordert. Die Firmenleitung sah sich jetzt gezwungen, den Arbeitern eine Lohnerhöhung um 50 Pfennig pro Stunde und den Angestellten eine Gehaltserhöhung um 3,5 Prozent zuzugestehen. (Siehe auch auf Seite 7)

Bespitzelung der Betriebsräte

einheitliche Abänderung“ der enthüllten Schnüffelpolitiken im Munde. Doch dieses Gerede soll den Werktätigen nur Sand in die Augen streuen. Grundsätzlich will auch Fröhlich nichts an der Bespitzelung der Betriebsräte ändern, damit auch in Zukunft — wie er sich ausdrückte — „antidemokratische Strömungen und Verbindungen aufgedeckt würden.“

Während sich das Finanzkapital auf die Beseitigung der letzten demokratischen Rechte und die Errichtung der faschistischen Diktatur vorbereitet, während ein Franz-Josef Strauß zur Macht greift, werden „antidemokratische Strömungen“ ausgerechnet unter Gewerkschaftern gesucht. Jeder Gewerkschafter und jeder ehrliche Betriebsrat muß diese Äußerungen als eine Provokation gegenüber der Arbeiterklasse auffassen.



Spitzel des Verfassungsschutzes fotografiert Gewerkschafter

VOR 40 JAHREN: AUSBRUCH DES 2. WELTKRIEGES

Nie wieder Krieg!

Nie wieder Faschismus!

KPD/ML Rote Garde
Jugendorganisation der KPD/ML

Kommentar

Nach dem Motto „Was schert mich mein Geschwätz von gestern?“ hat im Vorfeld der nächsten Bundestagswahl das Rennen um die Gunst des Wählers begonnen. Man versucht, sich gegenseitig in marktschreierischer Manier mit Wahlgeschenken für den Bürger zu überbieten. In den letzten Wochen haben sich die Wahlkampfaktivitäten auf ein Problem konzentriert, das uns schon lange auf den Nägeln, besser gesagt, im Geldbeutel brennt. Es geht um die Steuern. Immer unver-

durchgesetzt? Die aktuelle, im Zeichen des Wahlkampfes stehende Steuerdebatte hat gleich drei Pferdefüße.

- Erstens kann von einer wirklichen Senkung der Einkommenssteuerabsicht nicht die Rede sein. Hier geht es lediglich darum, daß durch die wachsende Inflation die Lohn- und Einkommenssteuer durch die Progression überdurchschnittlich schnell gestiegen ist und noch steigen wird. Hier sollen, wenn überhaupt, Korrekturen angebracht werden. Der dadurch ent-

Betrügerische Steuerdiskussion

schämter greift der Staat uns in die Tasche; das fängt bei der Lohn- und Einkommenssteuer an und setzt sich mit einer Unmenge von indirekten Steuern fort. Hier muß vor allem die durch die Benzinpreissteigerungen stark angezogene Mineralölsteuer und die Mehrwertsteuererhöhung erwähnt werden.

In der ersten Hälfte dieses Jahres ist allein das Lohnsteueraufkommen um 6,4 Prozent gestiegen (bei Tarifabschlüssen von durchschnittlich 4 Prozent). Von 100 Mark Brutto-Lohnhöhe bleiben nach Abzug aller direkten und indirekten Steuern gerade 55 Mark übrig, und die schmelzen angesichts der Inflation dahin wie Schnee in der Sonne.

In dieser Situation wettern die Parteien um die Wählergunst. Hört man sie reden, so können die von den Werktätigen dringend benötigten Steuererleichterungen gar nicht früh genug kommen. Nachdem die Forderung von Strauß nach Steuererleichterungen für den 1. Januar 1980 zunächst nur von der FDP wohlwollend begrüßt wurde, hat jetzt auch Bundeskanzler Schmidt zu erkennen gegeben, daß er Steuererleichterungen zur Jahreswende für nicht ganz ausgeschlossen hält. Aber hätten die Parteien tatsächlich ein Interesse, die Werktätigen von der wachsenden Steuerlast zu befreien, warum haben sie dann die jüngste Mehrwertsteuererhöhung

stehende Einkommensverlust des Staates, der den Werktätigen insgesamt keine Entlastung bringt, soll durch den Abbau sozialer Leistungen aufgefangen werden.

- Zweitens hat Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff darauf hingewiesen, wenn es überhaupt Steuererleichterungen gäbe, dann auch für Unternehmer. Mit anderen Worten, die Kapitalisten, die Profite wie nie zuvor machen, die regelrechte Lohnraubbeschlüsse durchgesetzt haben, die von der Geldentwertung profitieren und noch zusätzlich Milliarden an Subventionen in den Rachen geworfen bekommen, sollen weiter begünstigt werden, zu Lasten der Werktätigen.

- Drittens knüpfen verschiedene Politiker wie CSU-Finanzminister Streubl in Bayern oder Ministerpräsident Stoltenberg (CDU) in Kiel an Steuerbeschlüsse die Bedingung, daß die Werktätigen den steuerlichen Gnadentakt der Regierung, der in Wirklichkeit gar keiner ist, mit „maßvollen Lohnabschlüssen“ quittieren, sich also wehrlos dem wachsenden Abbau des Lebensstandards ausliefern sollen.

Angesichts dieser Pläne der Bonner Parteien ist es dringlicher denn je, für eine wirkliche Steuererleichterung zu kämpfen. Unsere Partei fordert in ihrem Aktionsprogramm: „Senkung der Besteuerung niedriger Einkommen! Rigorose Besteuerung der Profite der Kapitalisten!“



Berkhans Vorstoß wurde von Springers „Welt“ freudig aufgenommen. Auf diesem gestellten Foto macht das Blatt deutlich, wie es die Frauen gerne sehen würde.

Reaktionärer Vorstoß des Bonner Wehrbeauftragten

Frauen zum Bund?

Der Wehrbeauftragte des Bundestages Karl-Wilhelm Berkhan (SPD) hat in der letzten Woche erklärt, daß in den 90er Jahren möglicherweise auch Frauen zum Wehrdienst herangezogen werden sollen.

Als Vorwand für diesen üblen Plan muß der sogenannte „Pillenknicke“ herhalten, der dafür verantwortlich sei, daß ab Mitte der 80er Jahre der Bedarf an Rekruten aus den dann vorhandenen männlichen Wehrpflichtigen nicht mehr zu decken sei. Darunter würde dann die Verteidigungsbereitschaft unserer Republik leiden. Unerwartete Schützenhilfe be-

kam der Wehrbeauftragte des Bundestages von der bekannten Feministin Alice Schwarzer, die sich aus Gründen der Gleichberechtigung von Mann und Frau für eine nicht nur auf Männer beschränkte Wehrpflicht einsetzt. Ist es denn ein Privileg der Männer, auf Werk-tätige schießen zu „dürfen“? Ist es denn ein Privileg der Männer beim Bund sämtlicher Rechte

beraubt zu sein und der Willkür und den Schikanen der Offiziere ausgeliefert zu sein? Wir verweisen Frau Schwarzer auf die Aggressionsarmee der israelischen Zionisten, wo weibliche Soldaten „gleichberechtigt“ neben ihren männlichen Kameraden zum Völkermord am palästinensischen Volk eingesetzt werden, eine Zeitlang sogar mit einer Frau — Golda

Meir — an der Spitze.

Und solche „israelischen Verhältnisse“ sollen auch bei uns wünschenswert sein? Was Berkhan will, was der Bundeswehrverband und andere Kreise schon seit langem fordern, nämlich die militärische Dienstpflicht für Frauen, das hat mit Gleichberechtigung nicht das geringste zu tun. Das gilt sowohl für einen Einsatz der Frauen an Waffen wie auch für eine zivile Dienstpflicht unter militärischem Kommando. Beides würde die Militarisation des Lebens in unserem Land weiter vorantreiben, würde bedeuten, daß die Frauen als aktive Reserve für die Entfesselung neuer Raubkriege oder die Niederschlagung revolutionärer Bewegungen in der Bundesrepublik eingeplant werden könnten.

Aus Bonn ist bis heute kein eindeutiges Dementi zu Berkhan gekommen. Das zeigt deutlich, daß es sich hier nicht um private Meinungen des Wehrbeauftragten handelt. Ja, der FDP-Wehrexperte Möllemann hat gleich noch eine weitere Reserve für die Bundeswehr entdeckt: Er will die jungen Gastarbeiter in den Kriegsdienst für Bonn zwingen.

Diesen reaktionären Plänen, die jetzt in Bonn geschmie-det werden, müssen wir uns gemeinsam entgegensetzen, Männer und Frauen, deutsche und ausländische Werktätige.

Westdeutsch/brasilianischer Atomvertrag perfekt

KWU hat brasilianische Atombranche fest im Griff

Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff war in der letzten Woche in die brasilianische Hauptstadt gereist, um noch bestehende Schwierigkeiten bei dem Verkauf von acht kompletten Atomkraftwerken nach Brasilien auszuräumen.

Nach ursprünglicher Zeitplanung sollte das milliardenschwere Atomkraftwerksgeschäft bis 1990 abgewickelt sein. Wie jedoch aus der brasilianischen Wirtschaftszeitung „Gazeta Mercantil“ zu erfahren war, sieht sich die brasilianische Regierung aufgrund ihrer angespannten Zahlungsbilanzsituation gezwungen, auf eine „zeitliche Streckung“ des Programms hinzuwirken. Zwar hatte Staatspräsident Figueiredo dem Grafen Lambsdorff zugesichert, das Geschäft „möglichst zügig“ abzuwickeln, worüber sich der Graf befriedigt zeigte, doch es ist heute nach „Gazeta Mercantil“ schon klar, daß Brasilien nicht in der Lage sein wird, den anfangs vereinbarten Zeitplan einzuhalten, denn sechs der ge-

planten acht Atomkraftwerke sind noch nicht im brasilianischen Energieplan enthalten, dessen Laufzeit erst 1995 endet.

Wie „Gazeta Mercantil“ weiter enthüllte, hat sich die brasilianische Militärregierung nicht nur wirtschaftlich dem Bonner Diktat unterworfen, auch die gesamte brasilianische Atombranche befindet sich fest in westdeutscher Hand, was allerdings durch die bestehenden Verträge beschönigt wird.

Die brasilianische Seite hat bei der Verwirklichung des gigantischen Atomprojekts so gut wie keine Entscheidungsbefugnisse. Zwar ist die von westdeutscher Seite mit dem Projekt beauftragte Kraftwerksunion (KWU) mit nur 25 Prozent am Geschäft beteiligt, die restlichen 75 Prozent hält Brasilien,

doch sind die entscheidenden Gremien vollständig mit KWU-Spezialisten besetzt. Das hat zur Folge, daß die KWU (dahinter steht der Siemenskonzern) bei nur geringer Kapitalbeteiligung diesen profitträchtigen brasilianischen Wirtschaftszweig vollständig kontrolliert und faktisch über die brasilianische Staatskasse mitverfügen kann.

Durch die Veröffentlichungen der „Gazeta Mercantil“

wird klar, daß die brasilianische Regierung den entscheidenden Zweig der Energiebranche den westdeutschen Imperialisten ausgeliefert hat. Der Chefredakteur des Blattes, Roberto Muller, gab bekannt, die brasilianische Polizei habe versucht, die Veröffentlichung der Hintergründe des Atomgeschäfts zwischen Bonn und Brasilien zu verhindern. Diese Polizeimanöver und Zensurversuche sind auch im Interesse der westdeutschen Imperialisten, die es nicht gerne sehen, wenn ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Brasilien als das erscheint, was sie wirklich ist, nämlich als Ausplünderung des lateinamerikanischen Staates.

UNO legt schwarze Liste vor

Westdeutsche Unternehmen verdienen am Rassismus

Bonn verstößt gegen UNO-Beschlüsse

Kürzlich hat die UNO durch Vorlegen einer schwarzen Liste insgesamt 2 605 Firmen, Banken und anderen Organisationen vorgeworfen, mit den weißen Rassisten im südlichen Afrika Wirtschaftsbeziehungen zu unterhalten.

Auf dieser Liste sind auch 150 Unternehmen und über 40 Banken aus Westdeutschland aufgeführt. Diese von der UNO vorgelegten Fakten zeigen, was davon zu halten ist, wenn Bonn sich hin und wieder gegen das Apartheid-Regime in Südafrika ausspricht. Hätte Bonn tatsächlich die Absicht, der schwarzen Mehrheit im südlichen Afrika ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, so wäre es ein leichtes, durch entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen die Wirtschaftsbeziehungen mit den rassistischen Minderheitsregimen zu verbieten.

Doch daran hat die Regierung nie gedacht, im Gegenteil: Der VW-Konzern, an dem der Staat mit über 50 Prozent beteiligt ist, spielt in den Beziehungen zu Südafrika eine besonders üble Rolle. Ebenso

werden Betriebe wie AEG-Telefunken, Siemens, MAN, BMW, Hoechst, DEMAG und Lufthansa und Banken wie die Deutsche Bank oder die Dresdner Bank auf der schwarzen Liste der UNO aufgeführt.

Eine ähnlich scheinheilige Haltung nimmt die Bundesregierung gegenüber Israel ein. Während Bonn bis heute beharrlich dementiert, Israel jemals Waffenhilfe gewährt zu haben, enthüllte der ehemalige Verteidigungsminister Peres in einer Autobiografie, daß Tel Aviv von Bonn Waffen im Wert von über zwei Milliarden Mark erhalten hat.

Die Unterstützung der Rassisten im südlichen Afrika und die Unterstützung der Zionisten in Israel werden von einer überwältigenden Mehrheit der UNO-Mitglieder verurteilt.

Aus dem Inhalt

Dregger lobt faschistische Pinochet-Clique	3	nachschlag	7
„Mangelndes Vertrauen“ rechtfertigt Kündigung eines Mieters	3	Volkskorrespondenz zum Majdanek-Prozeß	8
Aktionsprogramm der KPD/ML für die Bundesrepublik Deutschland und Westberlin	4	Arbeitsgerichtsprozeß gegen AEG-Kanis	8
Kammerich-Arbeiter streikten sechs Tage lang.	6	Albanien-Reportage: Der Kampf um die Baumwolle... ..	9
Gespräch mit Betriebsrat Norbert Wiedeke über den Streik	6	15 Gewerkschafter in New Orleans entlassen	10
Streik-Splitter	6	Nicaragua nach Somozas Sturz	10
Illegaler Arbeitskräfteverleih im Baugewerbe	7	Militär gegen Kurden im Iran ..	10
Machtvolle Aktion für Lohn-		Stahl und Krieg	11
		DGB-Spitze verbietet Antikriegstags-Broschüre der Abteilung Jugend	11

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600 — 461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Kostendämpfung in Bayern

Je schlechter die Behandlung desto besser das Honorar

Der neue Honorarvertrag, der letzte Woche zwischen den gesetzlichen Krankenkassen und der kassenärztlichen Vereinigung in Bayern geschlossen wurde, sieht neben den üblichen Maßnahmen und Empfehlungen zur Kostendämpfung eine im höchsten Maße menschenfeindliche Vereinbarung vor.

Der neue Honorarvertrag schließt eine Klausel mit ein, die besonders gründlichen „Kostendämpfern“ unter den Ärzten zusätzliche finanzielle Zuwendungen in Aussicht stellt. Pauschal soll die Gesamtvergütung um 6 Prozent steigen, was schon weit über den Tarifabschlüssen der Werktätigen liegt. Es gibt aber auch Gelegenheiten, zu einer Verbesserung des Honorars über die 6 Prozent hinaus zu kommen. Der neue Honorarvertrag setzt Prämien für besonders billige und damit besonders schlechte Behandlung aus.

Alle Ärzte, die wenig und billige Medikamente verschreiben, die besonders wenig Überweisungen ins Krankenhaus aufzuweisen haben und deren Bereitschaft, Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen auszustellen gering ist, kommen in den Genuß dieser Prämie. Besonders profitgierigen, skrupellosen Ärzten wird hier Tür und Tor geöffnet, mit staatlichem Segen den Kampf gegen die Krankheit so gut wie einzustellen. Engagierte Ärzte sollen in den Ruf gebracht werden, verantwortungslos mit öffentlichen Geldern umzugehen.

Ein reaktionäres Urteil:

„Mangelndes Vertrauen“ rechtfertigt Kündigung

Den ersten Prozeß vor dem Amtsgericht in Dortmund hatten die Eheleute Bitzer gewonnen (siehe RM 12/79). Jetzt, in der Berufungsverhandlung, fällt das Landgericht in Dortmund ein unmögliches Urteil: Walter Bitzer und seine Frau müssen bis zum 15. Januar aus ihrer Wohnung ausziehen, weil das „Vertrauensverhältnis“ zwischen der Dortmunder Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft (DoGeWo) und ihm nicht mehr gegeben sei!

Um was ging es? Walter Bitzer ist Vorsitzender des Mieterrats „Alte Zeche Dorstfeld“ e.V. Daß dieser Mieterrat aktiv für die Bewohner des DoGeWo-Betonwosilos „Hannibal“ eintritt, hat er mehrmals bewiesen. So protestierte er gegen stinkenden und gesundheitsschädlichen Farbanstrich im Treppenhaus. Eine Mietminderung wegen der Mängel wurde mit dem Widerruf der Einzugsermächtigung durchgesetzt. Und auch die Tatsache, daß die Garagenabluftschächte direkt neben einem Spielplatz ins Freie führen, veranlaßte den Mieterrat, im Interesse der Kinder einzuschreiten. Das war den „gemeinnützigen“ Vertretern der DoGeWo offenbar zuviel und sie kündigten kurzerhand dem Mieterratsvorsitzenden Walter Bitzer. Und auch die Tatsache, daß die Garagenabluftschächte direkt neben einem Spielplatz ins Freie führen, veranlaßte den Mieterrat, im Interesse der Kinder einzuschreiten. Das war den „gemeinnützigen“ Vertretern der DoGeWo offenbar zu viel und sie kündigten kurzerhand dem Mieterratsvorsitzenden Walter Bitzer.

Die Kündigung löste einen Sturm der Entrüstung aus, da sie von jedermann als eine politische, gegen die Tätigkeit des Mieterrats gerichtete Maßnahme verstanden wurde. Es war hier nur der Vorsitzende aufs Korn genommen worden, um den Mieterrat zu spalten und Walter Bitzer und seine Frau in die Resignation zu treiben.

Aber Walter Bitzer ging vor

das Gericht. Mit Recht freuten sich alle Beteiligten, als das Amtsgericht Dortmund im März dem Mieterrat und ihrem Vorsitzenden recht gab.

Doch die DoGeWo ging in die Berufung. Daß vor dem Landgericht Dortmund ein anderer Wind wehte, merkten die Prozeßzuschauer sehr schnell. Gleich zu Beginn wies der als äußerst reaktionär bekannte Vorsitzende Richter Thiele



Walter Bitzer und seine Frau, die jetzt zum 15.1.80 aus ihrer Wohnung ausziehen müssen.

Provokation der Bonner Justiz:

Bückeburger Gerichtssaal — eine Tribüne der Faschisten!

Nazi-Führer Lauck trotz Falschaussage auf freiem Fuß

Mit dem Hitler-Gruß durften sich US-Nazi-Führer Gerry Lauck und die neonazistischen Gesinnungsgenossen im Bückeburger Prozeßsaal begrüßen, ohne daß der vorsitzende Richter dagegen einschritt. Lauck war vom Hauptangeklagten Kühnen als Zeuge dafür benannt worden, daß seine neofaschistische, terroristische Vereinigung „Werwolf“ ihre Ziele nicht auf gewalttätigem Wege verfolge.

Zum Zwecke dieser „Zeugenaussage“ war dem US-Faschisten sogar freies Geleit zugesagt worden, so daß ein gegen ihn bestehender Haftbefehl während seines Aufenthalts außer Kraft gesetzt wurde. Diese Maßnahme allein stellt schon einen ungeheuerlichen Versuch der Justiz dar, den neofaschistischen Banden eine propagandistische Tribüne zu verschaffen. (Dieses Angebot hat Lauck dann auch weidlich ausgenutzt).

Geradezu eine Provokation erlaubten sich die verantwortlichen Richter und die Staatsanwaltschaft, als sie kurzfristige Enthüllungen über Lauck unberücksichtigt ließen. Wenige Tage zuvor war nämlich bekannt geworden, daß Lauck in dem von ihm verantwortlichen herausgegebenen „NS-Kampfruf“ angekündigt hatte, daß er vor dem Gericht einen Meineid zu begehen bereit wäre. In diesem Pamphlet hatte es geheißen:

„Die Anklage versuche ich unter Umständen durch eigene, möglichst glaubhaft konstruierte Schilderungen zu entkräften. Ich brauche hier ja wohl nicht darauf hinzuweisen, daß es dabei nicht so sehr auf die Wahrheit als auf die Wirksamkeit meiner Gegendarstellung ankommt. Werde ich vereidigt, so spreche ich willig die Eidformel nach. Grundsätzlich hat

der vor einem BRD-Gericht geleistete Eid für mich keine bindende Wirkung. (...) Im Klartext: Ob mit oder ohne Eid, ich werde ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Begebenheiten immer das schildern, was ich für richtig halte und was der Partei nützt.“

Man sollte meinen, daß diese Ankündigung die Voraussetzung einer Zeugenaussage vollständig beseitigt und zur sofortigen Verhaftung dieses Faschisten führen mußte. Nicht so das Gericht. Nicht nur, daß Lauck nicht sofort verhaftet wurde, er durfte sogar seine „Zeugenaussagen“ machen. Mit anderen Worten: Er durfte das Gericht als Tribüne benutzen, um seine faschistischen Pläne und seine Forderung nach Legalisierung der NSDAP unter großem Aufsehen zu propagieren.

In fast allen bürgerlichen Zeitungen fand sich dann sein Geschwätz wieder. Nicht als Entlarvung und Anklage gegen die faschistische Bande, sondern um sie in der Öffentlichkeit bekanntzumachen und herauszustreichen.

Dieses Verhalten der deutschen Justiz und der Presse wird durch folgende Tatsache in ihrem ganzen Ausmaß als Provokation erkenntlich. Laucks Aussage diente ja vor allem dem taktischen Zweck, die sogenannte NSDAP/Aus-

lands- und Aufbau-Organisation und ihre verschiedenen Untergliederungen als Organisationen hinzustellen, die in Verfolgung ihrer Ziele auf Gewaltanwendung verzichten würden. Im „NS-Kampfruf“ Nr. 24 hatte Lauck aber gerade vorher geschrieben: „Meine Parteigenossen! Sie alle kennen die Weisung der Parteileitung, daß Waffen keineswegs im Haus aufbewahrt werden dür-



Neonazi Lauck (Mitte) mit seinen faschistischen Gesinnungsfreunden



Betonwosnilo „Hannibal“ in Dortmund/Dorstfeld

darauf hin, daß in dieser Kammer Recht und Gesetz gesprochen werde und daß Politik hier nichts zu suchen habe. Außerdem verkündete er kurzerhand, daß er sich der Argumentationskette des Amtsgerichts nicht anschließen werde.

Das Urteil, das dann gefällt wurde (eine ausführliche Urteilsbegründung lag bis Redaktionsschluß nicht vor), spricht für sich. Im Kern besagt es: Ein Mietverhältnis muß ein Vertrauensverhältnis beinhalten.

fen! Waffen und sonstige Geräte [sind] außerhalb des Hauses, aber stets auf rasch erreichbarem Weg zu verwahren“.

Wer nach diesen Äußerungen einen Faschisten wie Lauck überhaupt noch als Zeugen auftreten läßt, der kann nur die Absicht verfolgen, die Faschisten bei ihrer provokatorischen Demonstration zu unterstützen.

Die Staatsanwaltschaft in Lüneburg fand sich schließlich bereit, gegen Lauck ein Ermittlungsverfahren wegen unedlicher Falschaussage einzuleiten. Aber die Bückeburger Staatsanwaltschaft verzichtete auf einen Haftbefehl gegen Lauck, da „ein dringender Tatverdacht nicht gegeben sei und auch keine Fluchtgefahr bestünde“!

So konnte der faschistische Auftraggeber Michael Kühnens, mit vom deutschen Steuerzahler erstatteten Auslagen in der Tasche, in die für ihn sicheren USA zurückkehren.

Da Walter Bitzer das Vertrauen der DoGeWo enttäuscht, ist die Kündigung gegen ihn rechtmäßig!

Die ganze Prozeßführung war von vornherein auf dieses Urteil zugeschnitten. So interessierte die Richter während der Verhandlung überhaupt nicht, daß die Haltung des Mieterrats in mehreren Streitpunkten sogar durch die Staatsanwaltschaft bzw. durch verschiedene Gerichte bestätigt worden war.

Was dieser Richter mit seinem Urteil demonstrieren wollte, läuft darauf hinaus: Wenn ein Mieter sich zu oft gegen Mißstände wehrt (egal, ob er dafür Grund hat oder nicht), büßt er das Vertrauen des Vermieters ein. Und das rechtfertigt dann die Kündigung.

Hartmut Schröder, Vorstandsmitglied des Mieterrats, meint: „Dieses Urteil eröffnet die Willkür der großen Wohnungsgesellschaften, die damit jede organisierte Mieterbewegung unter Druck setzen und letzten Endes ausschalten können. Wenn dieses Urteil Schule macht, kann ein Mieter nur noch dann arbeiten, wenn er sich in jeder Frage „vertrauensvoll“ an die Wohnungsgesellschaft wendet. Dieses Urteil ist auch darauf angelegt, über die Mieterinitiativen hinaus das Recht, sich gegen

Ausbeutung und Unterdrückung zu wehren, auch in anderen Bereichen noch mehr einzuschränken.“

Die Einführung des „mangelnden Vertrauensverhältnisses“ als Kündigungsgrund stellt eine weitere Verschärfung der Rechtsprechung dar, die nur auf dem Hintergrund der Faschisierung der westdeutschen Gesellschaft richtig verständlich wird.

Es ist deshalb nur zu begrüßen, daß der Mieterrat „Alte Zeche Dorstfeld“ zu einer Protestkundgebung am letzten Samstag auch andere Bürgerinitiativen eingeladen und zu Protestaktivitäten aufgerufen hat. Überhaupt denkt der Mieterrat nicht daran, jetzt klein beizugeben, auch wenn das Urteil rechtskräftig und damit keine Berufung mehr möglich ist. Walter Bitzer kündigte an, daß er die Möglichkeit einer Verfassungsbeschwerde prüfe, auch wenn er sich keine Illusionen über die Aussichten eines solchen Weges macht.

Er kann sich der Solidarität vieler Mitbewohner des „Hannibal“ sicher sein. Zeitweilig prangten in den Fenstern von über 60 Mietparteien Laken und Wandzeitungen mit Aufschriften, die den Protest gegen dieses Urteil zum Ausdruck brachten.

Dregger lobt faschistische Pinochet-Clique

Voller Empörung weist die antifaschistische Öffentlichkeit im In- und Ausland die Äußerungen des Strauß-Parteigängers und stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dregger zurück, mit denen dieser die faschistische Pinochet-Clique in Chile verteidigt hat.

Während seines Chile-Besuches hatte Dregger gegenüber einer faschistischen Zeitung folgendes erklärt: „Chile wurde durch Allende ins Unglück gestürzt. Die von ihm geführten marxistischen Kräfte haben ein Chaos verursacht und damit die Voraussetzungen für das Eingreifen des Militärs geschaffen“!

An dieser Äußerung kann man ablesen, wie diese Art von „Demokraten“ um Strauß vorgehen würde, wenn sie dazu die Möglichkeit hätte. Da brauchen bloß Kräfte an der Regierung zu sein, die Strauß als „Marxisten“ bezeichnet, und schon halten es diese „Christlich-Sozialen“ für gerechtfertigt, das Militär aufmarschieren zu lassen.

Was unter dem von den „Marxisten“ verursachten „Chaos“ zu verstehen ist, machte Dregger klar, als er wieder in Deutschland war. Gegenüber einer bürgerlichen Zeitung bezeichnete er die chilenische Wirtschaft, die durch große Zerrüttung und eine Arbeitslosenquote von 25 Prozent gekennzeichnet ist und auf der brutalsten Ausbeutung der chilenischen Werktätigen beruht, als einen „Beweis für die Überlegenheit der Marktwirtschaft“.

Diese zwei Äußerungen verdeutlichen, worin das eigentliche Programm der reaktionären Strauß/Dregger-Gruppe besteht: In der Errichtung der faschistischen Diktatur.

Arbeiter, Werktätige!

„Steigender Wohlstand für alle“, „soziale Gerechtigkeit“, „mehr Demokratie wagen“ — das wurde und wird uns versprochen. Aber wie sieht die Wirklichkeit aus?

Steigender Wohlstand? — Ein großes Heer von Kolleginnen und Kollegen ist bereits ohne Arbeit, und die Arbeitsplatzvernichtung, die zum großen Teil staatlich bezuschußt wird, geht weiter. Während die Ausbeutung ständig verschärft und die Arbeitshetze von Tag zu Tag schlimmer wird, halten Löhne und Gehälter mit den steigenden Lebenshaltungskosten nicht Schritt. Während der Bonner Staatshaushalt durch die horrenden Rüstungsausgaben und die Milliardenbeschenke an die Monopole auf Kosten der Steuerzahler ins Riesenhafte aufgebläht wird, herrscht in den Haushaltskassen der Werktätigen zunehmend Ebbe. Die Werktätigen sollen alle Lasten der kapitalistischen Krise tragen, damit die Profite der Monopole steigen.

Soziale Gerechtigkeit? — Es geht nicht vorwärts, sondern rückwärts. Nichts, was die Werktätigen sich in Jahrzehnten an sozialem Fortschritt erkämpft haben, ist heute vor den Angriffen der Unternehmer und ihrer Bonner Regierung sicher. Die Reichen werden reicher und die schwer arbeitende Bevölkerung wird ärmer. Ist das sozial? Ist das gerecht?

Mehr Demokratie wagen? — Von welcher Demokratie ist die Rede? Von der Demokratie der Notstandsgesetze, der Berufsverbote, der Terroristenhysterie und Sympathisantenhatz, der Mobilen Einsatzkommandos, der Abhörwanzen und Datenbänke des Verfassungsschutzes, des immer offeneren Auftretens der alten und neuen Nazis und ihrer faschistischen Organisationen, des Aussperrungserrors der Unternehmer gegen die Arbeiterklasse? Ist das „mehr Demokratie“ oder sind das Schritte zu einem neuen „33“?

Arbeiter, Werktätige!

Gegen die ständige Verschlechterung unserer Lebenslage, gegen die Verschärfung der politischen Unterdrückung, gegen Reaktion und Faschismus, gegen Militarismus und imperialistische Kriegspolitik, gegen die Tatsache, daß die nationalen Interessen unseres Volkes von den westdeutschen und ostdeutschen, den amerikanischen und sowjetischen Imperialisten mit Füßen getreten werden, ruft unsere Partei, die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, über die Grenzen von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung hinweg zum gemeinsamen Kampf auf. Dazu wenden wir uns mit diesem Aktionsprogramm an Euch.

Für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen!

An die Spitze unseres Kampfprogramms stellen wir die dringendsten wirtschaftlichen Forderungen, deren Durchsetzung notwendig ist, um einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Werktätigen zu begegnen:

- Arbeit für jeden! Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze gegen Massenentlassungen und Stilllegungen!
- Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
- Schluß mit dem Abbau der Reallöhne! Konsequenter Kampf für mehr Lohn!
- Für mehr Urlaub! 6 Wochen gesetzlicher Mindesturlaub!
- Herabsetzung des Rentenalters bei sofortiger Zahlung der vollen Rente! Für Männer auf 60 Jahre (Schwerarbeiter und Schwerbehinderte auf 55 Jahre), für Frauen auf 55 Jahre (Schwerarbeiterinnen und Schwerbehinderte auf 50 Jahre)!
- Senkung der Lohnsteuer und der Besteuerung niedriger Einkommen! Rigorose Besteuerung der Profite der Kapitalisten! Abschaffung der indirekten Steuern!

Gegen die besondere Ausbeutung der Frauen, Jugendlichen und ausländischen Werktätigen fordern wir:

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
- Kein Abbau der bruttolohnbezogenen, dynamischen Rente! Für eine gesetzliche Mindestrente, die ein Alter ohne Existenzsorgen ermöglicht!

stanzsorgen ermöglicht!

- Weg mit den Leichtlohngruppen!
- Eine qualifizierte Ausbildung für jeden! Keine Benachteiligung von Mädchen und ausländischen Jugendlichen!
- Übernahme aller Lehrlinge in den erlernten Beruf!
- Existenzlohn für Lehrlinge!

Auf dem Wohnungsmarkt oder bei der medizinischen Versorgung, in Fragen des Umweltschutzes oder der schulischen Erziehung unserer Kinder — in all diesen für das Leben der Werktätigen so wichtigen Fragen bestimmen die Profitinteressen der Kapitalisten die Politik des Staates. Für die Gewinne der Banken und Versicherungen, Wohnungsbaugesellschaften und Fabrikanten wird alles getan. Die Interessen der breiten Masse der Bevölkerung bleiben auf der Strecke. Dagegen fordern wir:

- Schaffung von ausreichendem und menschenwürdigem Wohnraum zu niedrigen Mieten! Beseitigung von Mietwucher und Bodenspekulation!
- Weg mit dem Kostendämpfungsgesetz! Ausreichende und kostenlose medizinische Versorgung der Werktätigen!
- Durchgreifende Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Zerstörung unserer Umwelt durch die Industrie und Staat!
- Stilllegung aller bestehenden und Verbot des Baus weiterer Atomkraftwerke! Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis!
- Gleiche Bildungschancen für alle Kinder! Für die Ganztagschule! Einheitlicher Schulabschluß für alle Schüler mit anschließenden Möglichkeiten des Besuchs weiterführender Schulen!

Die werktätige Bauernschaft wird infolge der Ausbeutung durch die Monopole, der Wucherszinsen der Banken sowie der von den Monopolinteressen bestimmten Landwirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft und der Bonner Regierung zunehmend in den Ruin getrieben. Gegen die zunehmende Ruinierung der kleinen und mittleren Bauern, gegen die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Benachteiligung der Landbevölkerung fordern wir:

- Wirksame Förderung der ländlichen Gebiete zu ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gleichstellung mit der Stadt!
- Schluß mit der Ruinierung der werktätigen Bauernschaft! Brechung der Zinsknechtschaft! Beschneidung des räuberischen Zwischenhandels, besonders der großen Konzerne! Gegen Bodenspekulation und Pachtzinswucher!
- Austritt der Bundesrepublik aus der EG!

Für Freiheit und Demokratie!

12 Jahre hat das deutsche Volk unter der braunen Diktatur gelitten. Millionen wurden von den faschistischen Henkern bestialisch umgebracht. Heute drängen die faschistischen Organisationen wieder verstärkt in die Öffentlichkeit. In die Hunderttausende geht die Auflage faschistischer Hetzblätter und als Dokumentationen getarnter Propagandaschriften, in denen das faschistische Gedankengut wieder verbreitet wird. Provokative Aufmärsche der Faschisten finden unter dem Schutz der Polizei statt. Gemeinsam mit allen Antifaschisten und Demokraten fordern wir:

- Verbot aller faschistischen Organisationen und Bestrafung jeder faschistischen, rassistischen und kriegshetzerischen Propagandatätigkeit!
- Bestrafung aller NS-Mörder!

Für die Verbesserung der der Werktätigen!

Für Freiheit und Demokratie!

Für Frieden und Völkerfreundschaft!

Für die nationalen Interessen!

Aktionsprogramm Bundesrepublik Deutschland

Die faschistische Gefahr aber geht nicht in erster Linie von diesen offen faschistisch auftretenden Organisationen aus. Vielmehr treibt die herrschende Klasse, gestützt auf die Führungen der großen bürgerlichen Parteien, die Faschisierung von Staat und Gesellschaft in allen Bereichen voran. Seit Jahren erleben wir, wie die demokratischen Rechte des Volkes immer weiter eingeschränkt werden. Mit politischen Entlassungen, Berufsverböten, mit Zensurmaßnahmen in den Rundfunkhäusern, Zeitungsredaktionen und Verlagen, durch ständig gesteigerten Polizeiterror wurde ein Klima der Angst und Einschüchterung geschaffen. Mit den modernsten Mitteln der Datenverarbeitung wurde ein gigantischer Bespitzelungs- und Überwachungsapparat aufgebaut. Systematisch werden Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr zu Bürgerkriegsarmeen aufgerüstet. Mit den Notstandsgesetzen existiert bereits die gesetzliche Grundlage für die Errichtung der offenen Diktatur. Dieser reaktionären Entwicklung gilt es mit aller Kraft entgegenzutreten.

- Weg mit den Notstandsgesetzen!
- Aufhebung aller Gesetze und Verbot aller Praktiken, durch die die Freiheit der Meinung, der Presse, der Kunst und Wissenschaft eingeschränkt oder aufgehoben wird!
- Aufhebung aller Gesetze und Verbot aller Praktiken, durch die die Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung, das Brief- und Fernmeldegeheimnis sowie das Recht auf Freizügigkeit eingeschränkt oder aufgehoben werden.
- Uneingeschränkte Organisations-, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit!
- Weg mit den Berufsverböten! Wiedereinstellung aller vom Berufsverbot Betroffenen!
- Freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im Betrieb und in der Öffentlichkeit!
- Vernichtung der Datenbänke!
- Weg mit der 5%-Klausel bei den Wahlen!
- Generelles Verbot des Einsatzes von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz gegen die Bevölkerung unseres Landes! Auflösung der Mobilen Einsatzkommandos! Verbot bewaffneter Werkschutztruppen!
- Vollständige Trennung von Kirche und Staat!

Die staatliche Unterdrückung richtet sich besonders gegen den gewerkschaftlichen und politischen Kampf der Arbeiter und Angestellten, der kleinen und mittleren Beamten. Dagegen fordern wir:

- Uneingeschränktes Streikrecht! Weg mit dem Verbot politischer Streiks! Schluß mit der Illegalisierung spontaner Streiks! Streikrecht für Lehrlinge und Beamte!
- Gesetzliches Verbot der Aussperrung!
- Uneingeschränktes Verbot von Entlassungen aus politischen Gründen!
- Weg mit den reaktionären Bestimmungen des Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetzes! Weg mit der Friedens- und Schweigepflicht! Weg mit der Verpflichtung der Betriebsräte zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit



Lebensbedingungen

ie! undschaft! en des deutschen Volkes! der KPD/ML für die chland und Westberlin

den Unternehmern! Für Betriebsräte und Personalräte, die ausschließlich der Belegschaft verantwortlich sind, die das Recht haben, an der Vorbereitung, Organisation und Durchführung von Arbeitskämpfen mitzuwirken!

In den DGB-Gewerkschaften versuchen die reaktionären Führungen, durch den fortschreitenden Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie den Kampf der Gewerkschaftsmitglieder für eine konsequent gegen die Unternehmer gerichtete Politik zu unterdrücken. Darum fordern wir:

• Gegen die Herrschaft der Bonzen über

die Gewerkschaftsmitglieder! Für mehr Mitgliederrechte!

• Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen! Für freie politische Betätigung in den DGB-Gewerkschaften!

Gegen die besondere Unterdrückung der Frauen und ausländischen Kollegen fordern wir:

• Vollständige Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten!

• Vollständige rechtliche und politische Gleichstellung der ausländischen Arbeiter! Für das Recht der ausländischen Arbeiter auf sofortige Einbürgerung ohne Verpflichtung, die bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben zu müssen!

Für Frieden und Völkerfreundschaft!

Für die nationalen Interessen des deutschen Volkes!

In zwei Weltkriegen hat das deutsche Volk unbeschreibliche Opfer für die Raubinteressen des deutschen Imperialismus bringen müssen. Heute wird viel von Frieden und Abrüstung gesprochen. Aber auf dem Boden unseres Vaterlandes stehen sich die beiden Supermächte und ihre aggressiven Militärblocke NATO und Warschauer Pakt waffenstarr gegenüber. Während von Entspannung und Abrüstung die Rede ist, rüstet Bonn wie Washington und Moskau unentwegt auf. Die Bundesrepublik ist heute die drittstärkste Militärmacht in der Welt. Die westdeutschen Imperialisten beteiligen sich wieder am Kampf der Großmächte um die Weltherrschaft. Sie haben das alte Ziel eines Großdeutschlands, der Rückeroberung der DDR und der „verlorenen“ Ostgebiete nie aufgegeben. Alte Wehrmachtsgeneräle und von ihnen erzogene neue Militaristen geben in der Bundeswehr den Ton an, während jede fortschrittliche gewerkschaftliche und politische Aktivität in der Bundeswehr unterdrückt und verfolgt wird. Deshalb:

• Weg mit atomaren, biologischen und chemischen Vernichtungswaffen von deutschem Boden! Einstellung des Baus aller Angriffswaffen, Verschrottung der vorhandenen!

• Freie gewerkschaftliche und politische Betätigung in der Bundeswehr!

Zum Aktionsprogramm

Auf seinem erweiterten 4. Plenum hat das Zentralkomitee unserer Partei das „Aktionsprogramm der KPD/ML für die Bundesrepublik Deutschland und Westberlin“ verabschiedet. Damit wurde ein wichtiger Auftrag des IV. Parteitag erfüllt. In der Resolution „Über die nächsten Aufgaben der Partei“ hatte der IV. Parteitag unserer Partei beschlossen: „Klarer Ausdruck der unmarxistischen Leugnung der Bedeutung des Kampfes für Reformen ist die Tatsache, daß die Partei heute — 10 Jahre nach ihrer Gründung — noch immer nicht über ein Aktionsprogramm verfügt, um die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen auf dieser Grundlage im Kampf gegen die Bourgeoisie und den bürgerlichen Staat zusammenzuschließen. Es gehört daher zu den dringlichsten Aufgaben des neuen Zentralkomitees, den Entwurf für ein solches Aktionsprogramm zu erstellen und nach gründlicher Diskussion in der gesamten Partei das Aktionsprogramm der KPD/ML zu beschließen.“

Die Verabschiedung des Aktionsprogramms bedeutet zweifellos einen wichtigen Sieg im Kampf für die Überwindung der linkssektiererischen Fehler, die die Politik der Partei in der Vergangenheit in so starkem Maß geprägt haben. Die eigentliche Bedeutung des Aktionsprogramms aber liegt in der klaren Perspektive und taktischen Orientierung, die es der Partei und den klassenbewußten Arbeitern unseres Landes gibt.

Im Zentrum des Aktionsprogramms stehen die Forderungen gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Werktätigen, vor allem die gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiterklasse, und die Forderungen im Kampf gegen

Stets hat die deutsche Bourgeoisie versucht, die nationalen Gefühle unseres Volkes für ihre Kriegspläne zu mißbrauchen. Deshalb gilt es entschieden, gegen das Großmachtstreben der Kapitalisten zu kämpfen. Das deutsche Volk wünscht ein Ende der nationalen Spaltung, das Verschwinden jener unmenschlichen Grenze von Mauer, Stacheldraht und Minenfeldern. Es wünscht ein vereinigtes unabhängiges, vor allem aber auch ein friedliebendes Deutschland. Ein vereinigtes Deutschland unter der Herrschaft der imperialistischen oder sozialimperialistischen Kriegstreiber dagegen wäre für das deutsche Volk und die Völker Europas eine ungeheure Bedrohung. Deshalb erklären wir Kommunisten: Wir werden uns nicht mit der nationalen Spaltung Deutschlands abfinden, aber wir treten auch allen Versuchen der Reaktion entgegen, ein vereinigtes imperialistisches Großdeutschland zu schaffen. Ein wiedervereinigtes Deutschland ist nur dann im Interesse des deutschen Volkes und der Völker der Welt, wenn es sozialistisch ist. Dafür kämpft unsere Partei in der Bundesrepublik, in Westberlin und in der DDR. In diesem Sinn unterstützen wir in Westdeutschland und Westberlin alle Bestrebungen, die geeignet sind, die nationalen Interessen unseres Volkes zu wahren und zu verhindern, daß Deutschland zum Schlachtfeld eines neuen Weltkrieges wird.

• Für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes!

Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und der EG und Neutralitätserklärung der Bundesrepublik!

• Abzug aller fremden Truppen von deutschem Boden!

• Nichtangriffserklärung beider deutscher Staaten und die volle staatliche Anerkennung der DDR!

Arbeiter, Werktätige!

Dieses Aktionsprogramm schlagen wir Kommunisten euch zum gemeinsamen Kampf gegen das Kapital und seine Regierung, gegen Reaktion und Faschismus vor. Es ist ein Programm im Interesse der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gegen eine kleine ausbeuterische Minderheit. Es ist ein Programm für alle, die die wirtschaftlichen Sorgen nicht länger ertragen und den Gürtel nicht noch enger schnallen wollen, die die Notwendigkeit erkennen, den Vormarsch von Reaktion und Faschismus entschlossen zurückzuschlagen, wenn es nicht zu einem neuen '33 kommen soll, die einen neuen imperialistischen Krieg verhindert und die nationalen Interessen unseres Volkes verteidigen wollen.

Es ist kein Wahlprogramm, sondern ein Programm des revolutionären Klassenkampfes. Es kann nur verwirklicht werden, wenn sich die Arbeiter, die Angestellten, die werktätige

Reaktion und Faschismus. Das entspricht der Einschätzung der künftigen Entwicklung der Klassenkämpfe, wie sie auf dem IV. Parteitag im Tätigkeitsbericht des Zentralkomitees gegeben wurde:

„Das Zentralkomitee geht aber zur Zeit davon aus, daß der Kampf gegen die Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen und der Kampf gegen Reaktion und Faschismus die Fronten sind, die für Westdeutschland und Westberlin für die Entwicklung der Klassenkämpfe in den kommenden Jahren — und damit meinen wir bis weit in die 80er Jahre hinein — ausschlaggebend sein werden.“

Mancher wird in dem Aktionsprogramm vielleicht die eine oder andere Forderung, die in einer bestimmten Bewegung von Bedeutung ist und von unserer Partei auch nachhaltig unterstützt wurde und wird, vermissen. Unsere Partei hat bewußt darauf verzichtet, einfach alle Forderungen, die richtig sind und in den verschiedenen Bewegungen erhoben werden, zusammenzustellen. Ein so geartetes Aktionsprogramm — es gibt solche Aktionsprogramme mehr als genug — hätte kaum politischen Wert; denn es würde der Partei, der Arbeiterklasse und den Volksmassen keinerlei politische und taktische Orientierung im Kampf geben.

Das Aktionsprogramm soll nicht einfach eine Werbebroschüre für die Partei sein. Es soll Waffe und Wegweiser der Partei im Klassenkampf sein, um im Kampf für seine Verwirklichung die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen zu schmieden und sie an die proletarische Revolution heranzuführen.

Bauernschaft, die kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden, die fortschrittlichen Intellektuellen, wenn sich die Frauen und Männer, die Jugend und die Älteren, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung, zu einer mächtigen gemeinsamen Kampffront zusammenschließen.

Wir rufen die Arbeiter und Angestellten auf: Kämpft konsequent für eure Interessen und Forderungen gegen die Unternehmer! Stärkt die Revolutionäre Gewerkschafts-Opinion (RGO)! Kämpft mit der RGO in den Gewerkschaften gegen die reaktionäre Gewerkschaftsführung und ihre Politik der Zusammenarbeit mit den Unternehmern. Organisiert euch in der RGO, um eine revolutionäre, konsequent gegen die Unternehmer gerichtete Politik in den Gewerkschaften durchzusetzen, die Arbeitervertreter aus den Gewerkschaften zu vertreiben und die Gewerkschaften zu erobern.

Wir rufen die Antifaschisten und Demokraten auf: Reiht euch ein in die Front gegen Reaktion und Faschismus und Krieg! Helft mit, die erneute Errichtung einer faschistischen Diktatur zu verhindern!

Wir rufen die Landbevölkerung und die werktätige Bauernschaft auf: Kämpft für die Gleichstellung von Stadt und Land! Kämpft gegen den gemeinsamen Feind, Banken und multinationalen Konzerne, gegen Großagrarien und Agrarkapitalisten. Schließt euch in der Revolutionären Landvolkbewegung zusammen!

In allen großen und kleinen Organisationen, in denen Werktätige den Kampf für ihre Interessen führen, gilt es, dieses Aktionsprogramm hineinzutragen, die Einheit und die gemeinsame Kampffront zu festigen. Unsere Partei, die KPD/ML, und ihre Jugendorganisation, die Rote Garde, kämpfen entschlossen für die Durchsetzung dieses Aktionsprogramms und wir rufen jeden klassenbewußten Arbeiter, jeden revolutionären Jugendlichen auf, Mitglied unserer Partei bzw. der Roten Garde zu werden.

Wir Kommunisten haben weitergehende Ziele als wir sie in diesem Aktionsprogramm niedergelegt haben. Wir wollen den Sturz des Kapitalismus durch die sozialistische Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus. Unser Ziel ist ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Wir sind sicher, daß diese unsere grundlegenden Ziele den Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen entsprechen. Aber wir wissen, daß viele Gewerkschafter, Antifaschisten, viele, die gegen den imperialistischen Krieg und für die nationalen Interessen unseres Volkes sind, anders darüber denken.

Diese unterschiedlichen Auffassungen sind kein Hindernis für den gemeinsamen Kampf und dürfen es nicht sein. Mißtrauen und Spaltung in der Arbeiterbewegung und im werktätigen Volk haben stets dem Kapital und der Reaktion genützt. Die Einheitsfront aller Werktätigen im Kampf für ihre Interessen ist notwendig. Sie kann und wird hergestellt werden und sie wird siegen!

Am Mittwochabend vergangener Woche, nach sechs bewegten Tagen, brachen die Arbeiter von Mannesmann-Kammerich in Bielefeld-Brackwede ihren Streik ab. Sechs Tage lang haben 450 Mann einem ganzen Konzern getrotzt. Ohne gewerkschaftliche Unterstützung.

Die Bonzen von der Bezirksleitung der IG Metall in Münster und der Bielefelder Ortsverwaltung arbeiteten und wühlten genauso gegen diesen Kampf, wie die Vertreter des Mannesmann-Konzerns selbst, die durch das Vorstands-

mitglied Steinhauer (Auch-Gewerkschafter und Arbeitsdirektor) den Streik als illegal bezeichneten und die Arbeiter ständig mit fristloser Entlassung bedrohten.

Noch am Dienstag stand die gesamte Arbeiterbelegschaft des Achsbrückenwerks einig und fest zusammen. Bis dahin war die Streikfront unerschütterlich. Trotz Drohungen, Lügen und Erpressung durch die Mannesmann-Bosse, trotz des Verrates, der Abweglerei und der Intrigen durch die IGM-Bonzen.

Kammerich-Arbeiter streikten sechs Tage lang

450 Mann gegen einen ganzen Konzern

Der Kampf geht weiter — Kammerich muß in Brackwede bleiben!

Am Mittwoch setzten die Bosse und Bonzen dann zum konzentrierten Schlag an. Den ganzen Tag über wurden die Streikenden, die sich während ihrer Schichtzeiten im Werk aufhielten, durch Truppen von Ingenieuren und Meistern einzeln bearbeitet und in die Mangel genommen. Jetzt rächte sich die mangelnde Organisiertheit des Streiks, die ein solches Wühlen der Unternehmernächte überhaupt möglich machte.

Am Nachmittag, auf einer außerordentlichen Belegschaftsversammlung, traten dann die IGM-Bonzen auf den Kampfschauplatz. Es war das Arbeitervertreter-Trio Kolks (Bezirksleiter aus Münster), Vogelsang (1. Bevollmächtigter in Bielefeld und Bundestagsabgeordneter) und Zurmühlen (Betriebsratsvorsitzender).

Sie stellten einen sogenannten 6-Punkte-Plan zur Abstimmung, bei dem einzig und allein der Punkt 5 konkret war. Er lautete: „Die Belegschaft nimmt die Arbeit wieder auf.“

Die anderen Punkte enthielten nichts als fromme Wünsche. Punkt 1 hatte beispielsweise den folgenden Wortlaut: „Die Ortsverwaltung der IG Metall wird den Versuch machen, die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Mannesmann-Röhrenwerke AG zu überzeugen, daß aus sozialen sowie betriebswirtschaftlichen Gründen die Arbeitsplätze erhalten bleiben müssen.“

Die Sprecher der streikenden Arbeiter sprachen alle gegen diesen Plan. Einer von ihnen

erklärte: „Wir brauchen keine Sterbehilfe, wir brauchen Lebenshilfe.“ Bei der geheimen Abstimmung stimmten aber dennoch 98 Arbeiter für Annahme des Plans. 172 Kollegen, das ist die große Mehrheit derer, die sich an der Abstimmung überhaupt beteiligten, votierten zwar gegen den Plan, also für Weiterführung des Streiks. Aber die Spaltung war nun da. Gleich nach der Versammlung nahm ein Teil derer, die gegen die Weiterführung des Streiks gestimmt hatten, die Arbeit wieder auf.

Die Weiterführung des Streiks wäre unter solchen Umständen abenteuerlich gewesen. Deshalb entschlossen sich auch die Kampfbereiten, den Streik am Donnerstagmorgen zu beenden.

Am Mittwochabend noch — es war für die Belegschaft der Augenblick der Schwäche — schlugen die Bosse zu. Der oppositionelle Betriebsrat Norbert Wiedeke wurde fristlos entlassen. Außerdem erpreßten sie einen Vertrauensmann dazu, von sich aus die Papiere zu nehmen.

Trotz alledem aber war es ein großartiger Kampf. Die Kammerich-Arbeiter gaben ein Beispiel dafür, wie dem Rationalisierungs- und Entlassungsterror der Konzernherren begegnet werden muß. Ihr Kampf geht weiter! Für die Wiedereinstellung des Kollegen Wiedeke! Gegen die geplante Stilllegung des Werkes und die Verlagerung der Achsbrückenfertigung. Mannesmann-Kammerich muß in Brackwede bleiben!

Gespräch des RM mit Betriebsrat Norbert Wiedeke über den Streik bei Kammerich

„Insgesamt ein klarer Erfolg“

Gemaßregelter Betriebsrat berichtet für unsere Leser

Am Freitag vergangener Woche, kurz nachdem die Stahlarbeiter von Mannesmann-Kammerich ihren Streik abbrechen mußten, führten wir ein Gespräch mit dem oppositionellen Betriebsrat bei Mannesmann-Kammerich, Norbert Wiedeke. Der Kollege N. Wiedeke hat sechs Jahre lang bei Mannesmann-Kammerich gearbeitet. Als der Streik am Donnerstagabend infolge der massiven Streikbrecheraktivitäten der IG-Metall-Bonzen in eine kritische Phase eintrat, nutzten die Mannesmann-Bosse die Gunst der Stunde. N. Wiedeke erhielt seine fristlose Entlassung. Begründung für diese Maßregelung des streikenden Arbeiters und gewählten Betriebsrats: N. Wiedeke habe sowohl gegen seine Pflichten aus dem Arbeitsvertrag, als auch gegen seine Pflichten als Betriebsrat verstoßen. Das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz schreibt Betriebsräten bekanntlich die „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ mit den Kapitalisten und die „Wahrung des Betriebsfriedens“ vor. N. Wiedeke wurde also gemäßregelt, weil er als Betriebsrat mit seinen Kollegen zusammen gestreikt und weil er ihren mutigen Kampf für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze konsequent unterstützt hat. Die Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes ist gemäß Betriebsverfassungsgesetz nur möglich, wenn die Mehrheit des Betriebsrats dazu ihre Zustimmung gibt. Es ist ein besonders niederträchtiger Verrat am Kampf der Belegschaft, daß die Mannesmann-Bosse diese Zustimmung zu der Maßregelung auch erhielten. Verantwortlich für diesen Verrat ist vor allem der Betriebsratsvorsitzende Zurmühlen, ein gekaufter Handlanger der Mannesmann-Kapitalisten.

Norbert Wiedeke wurde im Frühjahr '78 auf einer eigenen Liste in den Betriebsrat gewählt, nachdem die IGM-Bonzen seine Kandidatur auf der Liste der IG Metall verhindert hatten. Er erhielt 35 Prozent der abgegebenen Stimmen. Kollege Wiedeke ist 27 Jahre alt. Er ist gelernter Tischler und arbeitete bei Kammerich als Springer in der Achspressenstraße. Im folgenden unser Gespräch mit ihm.

RM: Aus welchem Grund seid ihr in den Streik getreten?

N. Wiedeke: Wir sind in den Streik getreten, weil wir Angst um unsere Arbeitsplätze haben. Es ist uns klar, daß wir die Stilllegung nur durch unseren eigenen Kampf verhindern können. Wir wußten, daß das ein schwerer Kampf wird. Aber es mußte sein. Oder sollen wir ruhig zusehen, wie die Mannesmann-Bosse uns auf die Straße setzen, damit ihre Profite steigen? Viele der deutschen Belegschaftsmitglieder haben ihr Leben lang bei Kammerich gearbeitet. Sie haben unzählige Überstunden gemacht. Sie haben sich für den Betrieb abgeschuftet. Sie haben ihre Gesundheit im Betrieb gelassen und auch viel von ihrem Familienleben. Dafür, so hofften sie, hätten sie wenigstens einen sicheren Arbeitsplatz. Durch die geplante Verlagerung soll jetzt auf einen Schlag alles zunichte gemacht werden. Ihre Existenzgrundlage wird in Frage gestellt. Gerade ältere Kollegen, die sich im Betrieb eine gewisse Position erarbeitet haben, werden eine solche Stellung nie mehr bekommen, sofern sie überhaupt wieder Aussicht auf einen Arbeitsplatz haben. Auch auf ihren jetzigen Lohn können sie nicht wieder kommen.

RM: Und was waren eure Forderungen?

N. Wiedeke: Wir sind am vorletzten Mittwoch zunächst in einen Überstundenboykott getreten. Und zwar hießen unsere Forderungen: Keine Dreischicht-Arbeit und sofortige Information der Belegschaft. Das letztere war unsere entscheidende Forderung. Klare Information! Bleibt das Werk oder bleibt es nicht? Das wollten die Kollegen ganz klar haben. Auch als wir am Freitagmorgen in den Streik traten, stand das noch im Vordergrund. Im weiteren Verlauf des Kampfes änderte sich dies dann. Jetzt wollten wir nicht nur eine klare Information durch den Konzernvorstand über seine Pläne. Wir wollten

jetzt feste Zusagen, daß das Werk und unsere Arbeitsplätze erhalten bleiben. Denn im Zuge des Streiks wurden praktisch alle Zweifel darüber beseitigt, daß die Stilllegung des Werkes und die Verlagerung der Achsbrückenproduktion für den Konzernvorstand bereits eine beschlossene Sache ist. Auch wenn die Bosse es nach wie vor bestreiten. Es ging nun direkt um den Erhalt des Werkes und gegen die Vernichtung unserer Arbeitsplätze. Das ist es, was wir fordern.

RM: Bei Kammerich arbeiten ungefähr zur Hälfte ausländische Kollegen. Wie sah im Streik das Verhältnis zwischen dem deutschen und dem ausländischen Teil der Belegschaft aus?

N. Wiedeke: Am Anfang haben die ausländischen Kollegen wegen der Sprachschwierigkeiten gar nicht richtig durchgeblickt. Das dauert bei ihnen immer etwas länger. Aber trotzdem waren sie sofort bereit, mitzustreiken. Ihr Standpunkt war: Für die deutschen Kollegen geht es um ihre Arbeitsplätze, da müssen wir uns voll mit ihnen solidarisieren. Am Ende des Streiks, inzwischen waren sie ja im Bilde, was Sache ist, gehörten die ausländischen Kollegen größtenteils zum kampfbereiten Teil der Streikfront. Allerdings muß man wissen, daß die deutschen Kollegen Mann für Mann einzeln von den Ingenieuren, Meistern und zudem auch von den Gewerkschaftsbonzen in die Mangel genommen wurden.

RM: Wie würdest du den Streik bewerten?

N. Wiedeke: Ich würde sagen, insgesamt und in der Entwicklung gesehen, ist das ein klarer Erfolg für die Kollegen. Auch wenn unsere Forderungen noch nicht erfüllt sind und obwohl die Art, wie wir den Streik abbrechen mußten, eine bittere Pille ist. Insofern haben wir zwar eine Niederlage einstecken müssen. Aber das ist nicht das Entscheidende. Es war für uns eine sehr wichtige



Norbert Wiedeke wurde im letzten Jahr mit 35 Prozent der Stimmen auf einer oppositionellen Liste in den Betriebsrat gewählt. Mit Unterstützung der IGM-Bonzen wurde er jetzt wegen seiner Teilnahme am Streik fristlos entlassen. Er hat beim Arbeitsgericht gegen seine Entlassung Klage eingereicht.

Erfahrung, daß wir am Anfang eine feste Einheit unter den Kollegen hatten. Der Streik ging direkt von den Kollegen aus. Diesmal war es nicht der Vertrauensleutkörper, der die Sache angeleiert hat. Es war ein selbständiger Schritt der Belegschaft. Der Kampf richtete sich auch direkt gegen den Betriebsratsvorsitzenden Zurmühlen, der uns mit seiner Zustimmung zur Dreischicht-Arbeit in die Pfanne gehauen hatte. Sicher, am Ende schafften es die Bonzen doch noch, einen Keil in unsere Kampffront zu treiben. Aber dafür mußten die Herren ganz schön „Überstunden machen“. Mehrere Tage konnten sie nicht an unserer Einheit rütteln. Es gab natürlich ziemliche Mängel und Schwächen. Wir müssen genau gucken, welche Fehler wir gemacht haben. Eines hat dieser Streik für mich ganz klar gezeigt: Die RGO ist unbedingt notwendig.

RM: Wer hat euch denn in eurem Kampf unterstützt?

N. Wiedeke: Genau genommen haben uns nur zwei Organisationen richtig unterstützt. Die KPD/ML und die RGO. Die KPD/ML zum Beispiel mit ihrer Betriebszeitung, die sie schon jahrelang herausbringt. Die RGO hat während des Kampfes eine ganze Reihe von Flugblättern verteilt. Das war für uns die wesentliche Informationsquelle. Es war eine echte Unterstützung. Die RGO hat sich auch für die Solidarität in anderen Betrieben eingesetzt. Weit über Bielefeld hinaus. Und sie hat versucht, uns bei der Organisation des Streiks zu helfen. Es war einer der Schwachpunkte, daß es uns im Streik an Organisation gefehlt hat. Ein Fehler, der sich am Schluß klar ausgewirkt hat, war das Fehlen einer richtigen Streikleitung. Hätten wir eine regelrechte, von den Kollegen anerkannte Streikleitung aus den besten Kollegen gebildet, dann wäre die Sache besser gelaufen. Es wäre für die Mannesmann-Bosse und die IGM-Bonzen weit schwieriger

geworden, die Kampffront zu schwächen und sie aufzuspalten. Gerade auch die aktivsten Kollegen sehen jetzt, daß es ein Fehler war, bei der Bildung einer richtigen Streikleitung so lange zu zögern. Und was die Notwendigkeit der RGO betrifft, so glaube ich, eine ganze Reihe von Kollegen hat sie durch den Streik erkannt.

RM: Nach wie vor stehen die Kollegen vor der Notwendigkeit, die Stilllegung des Werkes zu verhindern. Hat der Streik dafür die Voraussetzungen verbessert?

N. Wiedeke: Ja, bestimmt. Die Fragen liegen jetzt klar auf dem Tisch. Die Pläne der Mannesmann-Bosse wurden praktisch durch unseren Streik an die Öffentlichkeit gebracht. Auch die Sauererei mit den Subventionen aus dem Ruhrgebietsprogramm. Ein großer Teil der Stahlarbeiter im Ruhrgebiet und anderswo hat von unserem Kampf erfahren. Auch wenn zum Beispiel meine Entlassung ein Schlag für die Kollegen ist, so haben sich die Chancen für eine erfolgreiche Verteidigung der Arbeitsplätze bei Kammerich trotzdem klar verbessert.

RM: Wie ist jetzt die Stimmung in der Belegschaft?

N. Wiedeke: Im Moment ist die Stimmung natürlich ziemlich gedrückt. Eine gewisse Resignation hat sich breitgemacht. Das ist kein Wunder. Es ist uns ja leider nicht gelungen, den Streik geschlossen und diszipliniert im richtigen Augenblick zu beenden. Wäre uns dies geglückt und hätten wir gleichzeitig den Bossen gegenüber klargestellt: Wir kommen wieder! — dann wäre die Lage jetzt besser. Aber trotzdem bin ich überzeugt, daß diese Resignation nicht so tief sitzt. Bald wird sie überwunden sein. Es wird nicht lange dauern, bis es wieder zu kleineren Kämpfen kommt, zum Beispiel wegen Lohnfragen oder der Stückzahl oder sonstigen Sachen. Und damit wird auch die alte Kampfbereitschaft wieder aufleben.

Streik-Splitter

Polizeiaufgebot

Am Mittwochabend, als es den IGM-Bonzen gelang, die Streikfront zu spalten, stand auch die Polizei zum Einsatz bereit. Im Umkreis des Werkes wurden Ansammlungen von Polizisten beobachtet, die mit Maschinengewehren bewaffnet waren. Bereits vor zehn Jahren hatte die Bielefelder Polizei ein bestreiktes Werk besetzt. Durch den Polizeieinsatz wurde ein spontaner Streik türkischer Arbeiter bei Rhein Stahl gewaltsam niedergeschlagen.

Solidarität

In Bielefeld und bundesweit organisierte die RGO die Solidarität mit den streikenden Kammerich-Arbeitern. Auch in einem Hamburger Druckbetrieb sammelten Kollegen für die Kammerich-Arbeiter. Am letzten Streiktag, Mittwoch, den 22. August, überbrachten Delegationen der RGO-Gruppen von Hoesch in Dortmund, Mannesmann, Thyssen und Kupferhütte in Duisburg und von Opel in Bochum Geldspenden von insgesamt 5000 Mark. In einem zentralen Flugblatt, das an den wichtigsten Stahlwerken an Rhein, Ruhr und Weser verteilt wurde, informierte die RGO die Stahlwerker über den Streik und rief sie zur Solidarität mit den Bielefelder Kollegen auf.

Wort und Tat der IGM-Bonzen

In dem 6-Punkte-Plan der Bielefelder Ortsverwaltung der IG Metall lautet Punkt 6: „Vom Vorstand (MRW) wird erwartet, daß er keine Maßregelungen vornimmt.“ Das sind die Worte. Und die Taten? Kaum hatte ein Teil der Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen,

wurde der oppositionelle Betriebsrat Norbert Wiedeke fristlos entlassen. Der Betriebsrat mit dem IGM-Bonzen Zurmühlen an der Spitze stimmte der Entlassung zu. Ein Betriebsratsmitglied kann nur mit Zustimmung der Mehrheit des Betriebsrates entlassen werden.

„Arbeitnehmervertreter“

Rudi Zurmühlen, der Betriebsratsvorsitzende von Mannesmann-Kammerich, ließ sich am Tag, als der Streik begann, überhaupt nicht im Werk blicken. Er war auf einer Feier. Dazu ein Kollege: „Wir stehen im Kampf und unser Betriebsratsvorsitzender ist am Saufen!“

Parteiveranstaltung

Am Donnerstagabend, nach dem Abbruch des Streiks, fand in Bielefeld eine Veranstaltung der KPD/ML statt. Auf dieser Veranstaltung sprach auch der entlassene Betriebsrat Norbert Wiedeke. Er schilderte den Kampf der Kammerich-Arbeiter und wie es zu dem Streik gekommen war. Außerdem gab ein Sprecher der Partei eine politische Einschätzung des Streiks. Er nannte den Streik eine kühne Aktion der Kammerich-Arbeiter. 450 Arbeiter hätten es gewagt, einem mächtigen Konzern die Stirn zu bieten, obwohl der Gewerkschaftsapparat ihnen in den Rücken gefallen sei. Der Genosse betonte, daß der Streik trotz der Fehler und Schwächen ein großer Erfolg sei. Die Kollegen hätten mit diesem Streik den Kampf der Stahlarbeiter vom vergangenen Winter fortgesetzt, der von der Führung der IG Metall verraten worden war.

Vertrauensleute von Holz und Kunststoff machen Gewerkschaftsführung Dampf

Machtvolle Aktion für Lohnnachschatz

700 Holzarbeiter-Vertrauensleute trafen in Frankfurt zusammen

Arbeiterkorrespondenz. — Am 9. und 10. August trafen 650 bis 700 Vertrauensleute der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Frankfurt zusammen und stellten dem Hauptvorstand die Forderung für einen Nachschlag.

Aufgrund der Preisentwicklung und des niedrigen Lohnabschlusses (um 5 Prozent) im März hatte die zentrale Vertrauenskörperleitung der Holz- und Kunststoffverarbeitung die Betriebsräte aufgefordert, etwas zu unternehmen. Aber da hieß es, der Lohnabschluß sei gerade erst gewesen.

Daraufhin wandte sich die VKL (bei der Gewerkschaft Holz- und Kunststoff sind die VLs bundesweit organisiert) an den Hauptvorstand der Gewerkschaft. Der wollte erst nichts damit zu tun haben. Weil aber die Bewegung unter den Kollegen stärker wurde, gestand er ein „Gespräch“ mit Kollegen zu. Jedoch wollte der Hauptvorstand weder die finanzielle Unterstützung noch die Einladung zu einem Treffen übernehmen.

Darum übernahmen die Vertrauensleute selbst die Initiative und schrieben über tausend Vertrauensleute im ganzen Bundesgebiet ein, um sie nach Frankfurt einzuladen, damit Druck auf den Hauptvorstand ausgeübt werden könnte.

Ohne einen Pfennig Unterstützung, und nur, wenn sie Urlaub bekamen, reisten rund 700 Vertrauensleute nach Frankfurt. Das waren mehr als die Hälfte der Angeschriebenen. Das Gespräch mit dem Hauptvorstand war am 9. um 15 Uhr angesetzt. Als aber so viele kamen, machte die Gewerkschaftsführung — den Vorschlag, eine Verhandlungskommission von 24 Mann zu wählen. Die Vertrauensleute bestimmten unter anderem sehr kämpferische Kollegen, die dem Hauptvorstand schon unangenehm waren. Die Kollegen wollten sich erst gar nicht auf seichte Sprüche einlassen.

Die 24 Mann der Verhandlungskommission besprachen sich untereinander und berichteten sich dabei über die Stimmung in den Betrieben und die unterschiedlichen Forderungen der Kollegen. Dabei wurde die Meinung geäußert, daß für die Nachschlagforderung auch gestreikt werden soll. Denn insbesondere durch die steigenden Öl- und Benzinpreise reicht der Lohn für die Kollegen nicht mehr aus.

Die Forderungen gingen von netto 70 Pfennig pro Stunde bis 200 - 250 Mark netto pro Monat. Nur als Provokation konnte man die Forderung eines DKP-Mannes bezeichnen, der 700 Mark netto im Monat aufstellte. Er wurde aber nur ausgelacht. Eine solche Forderung hätte nur bedeutet, gar nichts zu bekommen. Das merkten die Kollegen sofort.

Dann ging die Verhandlungskommission wieder mit den Ergebnissen ihrer Besprechung in die Versammlung aller Vertrauensleute, wobei der Hauptvorstand der Gewerkschaft zuerst zuhörte. Die Kollegen stellten in ihren Redebeiträgen sehr deutlich fest, daß die Lohnerhöhung für Arbeiter und kleine Angestellte nichts gebracht hat, und daß es unbedingt nötig wäre, Nachschlagforderungen an die Unternehmer zu stellen.

Einige von den kämpferischsten Vertrauensleuten wurden von den Bonzen verworrt, weil sie offen die falsche Politik des Hauptvorstandes anprangerten.

Der Hauptvorstand versuchte, die Forderungen der Vertrauensleute abzuwimmeln. Man wäre nicht mehr in den sechziger Jahren. Heutzutage sei die Arbeitsmarktlage so ungünstig. Außerdem dürfte man

nicht sofort immer mit Streik drohen, das sei Erpressung.

Der Vertreter des Hauptvorstandes wurde mit Buhrufen bedacht. Daraufhin sagte er, es wäre ihm unklar, wieso diese Kollegen sich noch Gewerkschafter nennen! Er erntete aber nur Rufe „Nachschlag, Nachschlag!“

Die Verhandlungen gingen über mehrere Stunden und wurden am Freitag (10.8.) fortgesetzt, wobei die Kollegen zum Teil in Hotels schliefen, die sie selber bezahlen mußten! Die Vertrauensleute setzten den Hauptvorstand ziemlich unter Druck, und der beschimpfte die kämpferischsten Kollegen, wieso sie überhaupt Vertrauensleute der Gewerkschaft wären.

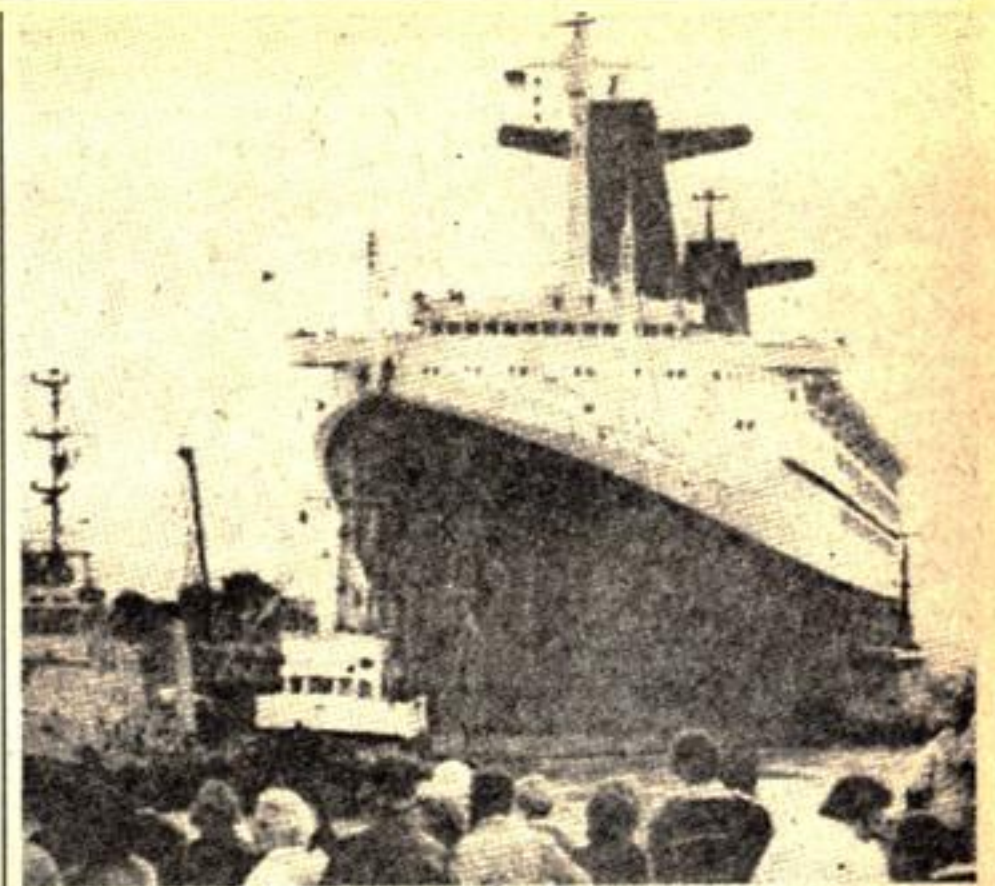
Der Hauptvorstand berief sich darauf, daß die Tarif-

verträge nicht zwischendurch gekündigt werden könnten. Damit kam er aber bei den Kollegen nicht an. Schließlich konnten die Gewerkschaftsführer sich nicht anders behelfen, als die Konferenz zu beenden, nachdem die Vertrauensleute dem HV eine Frist von vier Wochen gesetzt hatten.

Der HV schlug dann vor, die Vertrauensleute dann schriftlich darüber zu informieren, was er beschlossen habe. Aber die Kollegen ließen sich auf keine Beschwichtigungen ein. Sie erklärten klar: „Wir kommen auf jeden Fall hier wieder her. Auch wenn wir von Euch nicht eingeladen werden, und wieder alles selber bezahlen müssen! Der Nachschlag muß jetzt kommen!“



Die Partei unterstützt den Kampf für einen Nachschlag



„France“-Umbau zur „Norway“

IG Metall gegen französische Arbeiter

Am Freitag, 24. August: In Bremerhaven läuft das größte Passagierschiff der Welt ein. Für 90 Millionen Mark soll die „France“ hier auf der Hapag-Lloyd-Werft endgültig zum Kreuzfahrtschiff „Norway“ werden.

Tagelang hatten zuvor die französischen Werftarbeiter das Auslaufen des Schiffes aus Le Havre verhindert. Polizei hatte demonstrierende Arbeiter im Hafen verhaftet, Streikbrecher aus den Niederlanden hatten die Lotsenarbeit übernommen, nachdem sich die französischen Lotsen geweigert hatten, das Schiff aus dem Hafen zu führen.

Diese Protestaktionen der französischen Arbeiter waren in der Bundesrepublik mit einer schrillen Begleitmusik in Presse und Fernsehen kommentiert worden. Die Franzosen wollen den deutschen Werftarbeitern die Arbeit wegnehmen, so der Tenor aller Berichte. Der sogenannte Arbeitervertreter im Aufsichtsrat der Hapag Lloyd AG, der IG Metall und SPD-Bundestagsabgeordnete, Klaus Grobecker, stimmte voll in diese Töne ein. Die deutschen Werftarbeiter hätten kein Verständnis für die französischen Arbeiter. Sie hätten bereits große Opfer gebracht.

30 000 von 85 000 Arbeitsplätzen wurden auf den westdeutschen Werften bereits wegrationalisiert. Ohne Zweifel haben die deutschen Werftarbeiter in den letzten Jahren harte Schläge einstecken müssen. „Opfer gebracht“ haben sie aber nicht für die französischen, englischen oder sonstigen Kollegen, sondern sie wurden Opfer des hemmungslosen Kampfes um Profit, der in der ganzen europäischen Werftindustrie ausgetragen wird. Am selben Tag, als das Schiff in Bremerhaven einläuft,

kommt aus England die Meldung, daß gleich vier Werften auf einmal mit mehr als 10 000 Arbeitsplätzen geschlossen werden sollen, weil sie „unrentabel“ sind.

Auf allen Werften Europas wird seit langem entlassen und noch einmal entlassen. Alle Arbeiter haben darunter gelitten und wurden die Opfer. Dazu haben solche Arbeitervertreter wie der Herr Grobecker nicht unwesentlich beigetragen. Doch er ist kein Einzelfall, sondern brachte nur die Meinung der IGM zum Ausdruck. Die Führer der westdeutschen Gewerkschaft weigerten sich direkt, eine Delegation der CGT, in der die Werftarbeiter Le Havres organisiert sind, zu empfangen. Kein Interesse an einem gemeinsamen Kampf zum Erhalt der Werftarbeitsplätze, parteipolitische Differenzen zur CGT, die unter dem Einfluß der revisionistischen Partei steht, das waren die Gründe für diese Weigerung.

Und so können die Werftkapitalisten der verschiedenen europäischen Länder ihr Spielchen mit den Arbeitsplätzen weiterführen, ohne gestört zu werden — sie spielen die Arbeiter der einzelnen Nationen unverfroren gegeneinander aus. Daß sie dabei die Unterstützung von Gewerkschaftsführern verschiedener Länder, eben auch der IG Metall, erhalten, daß der europäische Metallarbeiterverband (EMB), unter Führung der IGM, nichts dagegen unternimmt, das erleichtert ihnen diese Taktik ungemein.

Diese Spaltungspolitik muß beendet werden. Was not tut ist der gemeinsame Kampf der europäischen Werftarbeiter gegen die Unternehmer, die ihr gemeinsames Programm längst über die EG ausgehandelt haben.

Illegaler Arbeitskräfteverleih im Baugewerbe

Moderner Sklavenhandel

„Wenn man Terminschwierigkeiten hat oder Personalengpässe, da wäre man ja dumm, nicht auf solche Angebote einzugehen.“ So faßte der Ehrenobermeister der Stuttgarter Bauinnung, Franz Wachter, seine Haltung zu dem „Arbeitskräfteverleih durch private Firmen“ zusammen.

Verleiharbeiter haben etwa genausoviel Rechte wie Sklaven, nämlich gar keine. Für die Unternehmer sind sie ideale Kostenfaktoren, denn bei einem Vertrag mit einer „Verleihfirma“ entfallen praktisch sämtliche Kosten, die mit

der Einrichtung eines festen Arbeitsplatzes verbunden sind. Für Steuern, Sozialabgaben etc. ist nicht der Unternehmer, sondern die Verleihfirma, der Sklavenhändler, zuständig. Und wenn der sich durch diverse Tricks ebenfalls vor solchen

Kosten drückt, so ist das nicht das Problem des Unternehmers. Er hat sämtliche Vorteile auf seiner Seite und braucht sich nicht durch Kündigungsfristen und andere soziale Bestimmungen in seiner „unternehmerischen Freiheit“ ein-

schränken zu lassen.

Wie die Verleihfirmen ihrerseits vorgehen, brachte vorletzter Woche der Stuttgarter IG-Bau-Steine-Erden-Funktionär Gerhard Stramm zur Sprache. Die als „seriös“ bekannte französische Verleihfirma „Elmeco“ vermittelte einem Stuttgarter Bauunternehmer 31 Arbeiter, wovon aber nur 13 im Besitz einer Arbeitserlaubnis waren. Darunter zu leiden haben die angelockten ausländischen Kollegen, die wegen ihres illegalen Aufenthalts der Ausbeutung völlig wehrlos ausgeliefert sind und oft auch noch um den vereinbarten Lohn betrogen werden. Darunter zu leiden haben auch die arbeitslosen Kollegen des Baugewerbes, die trotz Nachfrage nach Arbeitsplätzen um ihre Stelle betrogen werden.

Der Staat denkt nicht daran, diesem unwürdigen Treiben ein Ende zu setzen. Er ermuntert es geradezu. Bereits 1967 erklärte das Bundesverfassungsgericht die Existenz von Verleihfirmen als verfassungskonform. Im August 1972 wurde ein Gesetz beschlossen, das die Anmeldepflicht von Verleiharbeitern vorsieht, sie aber nicht verbietet. Doch erstens wird die Einhaltung dieses Gesetzes kaum überprüft und zweitens kann es durch verschiedene Kniffe in der Buchführung umgangen werden.

DGB-Wirtschaftsinstitut von Unternehmern gelobt

WSI, das Wirtschaftsinstitut des DGB, hat vor kurzem ein Gutachten zur Geldpolitik der Bundesbank veröffentlicht, das ganz offen von Unternehmerlogik gekennzeichnet ist.

Da die Teuerung hauptsächlich durch ausländische Faktoren entsteht, so kann man da lesen, nutze weder eine Hochzinspolitik etwas, sie könne nur negativ auf die Investitionsbereitschaft der Unternehmen wirken, noch könne eine innerdeutsche Lohnpolitik an der Teuerung etwas ändern.

Dieser Freibrief für die deutschen Kapitalisten, die also angeblich an der Teuerung schuldlos sind, wurde natürlich von den entsprechenden Stellen ausföhrlich gewürdigt.

Im „Handelsblatt“, das sich ansonsten weigert, den DGB zu loben, weil — wie es in einem Grundsatzartikel hieß — das „als Lob von der falschen Seite“ verstanden werden könne, hält sich hier nicht mehr zurück. Ihr Wunsch: Diese Erklärung sollten die Vorsitzenden der großen Gewerkschaften auch einmal öffentlich abgeben!





Der Gerichtssaal während einer Verhandlungspause 1975. Mittlerweile haben sich die Reihen etwas gelichtet.

Düsseldorf, 21. August

Majdanekprozeß, 351. Verhandlungstag

Volkskorrespondenz aus Bochum

Ich gehe die steinerne Treppe zum Portal des Düsseldorfer Landgerichts empor. Im Saal 111 findet hier seit November 1975 der Majdanekprozeß statt, der größte Prozeß der deutschen Nachkriegsgeschichte. Es ist der 351. Verhandlungstag.

Am Eingang zum Gerichtssaal weisen mich die Gerichtsdienner zurück. „Presseausweis?“ — „Nein.“ — Ich muß zurück, über den Hof. Am Hintereingang wartet bereits eine Anzahl Prozeßbesucher. Zwei Gerichtsdienner kontrollieren die Personalausweise. Name, Alter, Adresse werden in vorbereiteten Listen vermerkt. Einer Frau wird die Handtasche durchsucht. „Seit wann gibt es diese Kontrollen?“ frage ich die Beamten. — „Seit einiger Zeit.“ — „Und warum?“ — „Keine Ahnung.“

Nach jeder Verhandlungspause wird man aufs neue kontrolliert. Auf den Listen wird festgehalten, wie oft man das enge Treppenhaus hinauf in den Gerichtssaal geht.

Von den ursprünglich fünfzehn Angeklagten sind noch neun geblieben — sieben Männer und zwei Frauen. Vier

von ihnen befinden sich seit einiger Zeit in Haft. Stehen die scharfen Kontrollen mit ihnen in Zusammenhang? — Die Vier werden vor Beginn der Verhandlung vom Justizbeamten in den Saal gebracht. Bewacht aber werden sie kaum. Die Ausgänge sind nur zum Teil von Wachpersonal besetzt. Einmal sogar während einer Verhandlungspause sehe ich eine Weile gar keine Beamten im Gerichtssaal. Ich habe den Eindruck, die vier Angeklagten brauchen sich nur zu erheben und zu gehen, und sie sind frei. — Die verschärften Kontrollen scheinen einem anderen Zweck zu dienen: Der Schikanierung und Überwachung der Prozeßbesucher.

Im Zeugenstand, unter einem Schaubild des Lagers Majdanek, steht heute eine Jüdin aus Tel Aviv. Sie wurde als junges Mädchen aus dem Warschauer Ghetto nach Majdanek verbracht; hier blieb sie sieben Wochen, ehe sie nach Auschwitz-Birkenau weitertransportiert wurde. Mit ihr wurde ihre große Familie eingeliefert; die Familie wurde ausgerottet, sie ist die einzige

Überlebende.

Die Zeugin macht ihre Aussage auf deutsch, mit jiddischem Einschlag; ihre Stimme klingt hinter den Zuschauerbänken aus dem Lautsprecher. Sie berichtet über den Tod ihres sechsjährigen Bruders — ein SS-Mann erschoss ihn, als er Wasser holte —; sie schildert erschüttert das letzte Wiedersehen mit ihrer Mutter im Lager — sie beschreibt die Brutalität der SS-Wachmannschaften, die ständigen Schläge, die Angst, den Lageralltag, den täglichen Kampf ums Essen, die harte Arbeit: Steinklopfen. „Wir lebten wie Mäuse zwischen den Steinen. Körper und Herzen ausgehungert.“

Zwischen den Verteidigern sitzen die Angeklagten. Ich sehe auf ihre Rücken. Die Angeklagten sitzen in den Tischreihen wie zu alt gewordene Schulkinder in den Bänken. Sie lesen oder sehen in die Luft; folgen mehr oder weniger aufmerksam der Verhandlung wie einer Unterrichtsstunde. — Rechts am Tisch erkenne ich den Angeklagten Strippel. Strippel hat kurz vor Kriegsende in Hamburg zwanzig Kinder aufgehängt; im nieder-

ländischen KZ Vught hat er Frauen ermordet. In Majdanek war er Schutzhaftlagerführer. Wieviel Menschen hat er hier zu Tode geschunden? — Wenn der Verhandlungstag zu Ende ist, wird Strippel auf die Straße treten. Er ist ein freier Mann.



Ankunft eines Häftlingstransports

Aus dem Lautsprecher tönt die Stimme der Zeugin. Immer wieder fällt der Name „Blutige Brygida“, der Lagerspitzname der Angeklagten Hildegard Lächert. Die Lächert, die

wegen des Vorwurfs von 1196 Morden auf der Anklagebank sitzt, ist der Zeugin unaussprechlich in Erinnerung geblieben. „Wenn sie kam, lief schon ihr Name vorweg, wie ein Wind läuft. So wie wir Durst nach einem Schluck Wasser hatten, wollte sie Blut.“

Es gibt in dem Düsseldorfer Verfahren drei Richter, zwei Staatsanwälte, zwei Schöffen, zwei Hilfsrichter und einen Hilfsschöffen. Der Vorsitzende Richter Bogen leitet die Verhandlung in seiner vielgerühmten „ausgleichenden und einfühlsamen“ Art. Er spricht sanft und freundlich; er verteilt Tadel und Komplimente; er findet auch die Muße für einen Scherz; er ist einfühlsam nach allen Seiten. — In Majdanek wurden mindestens 250 000, wahrscheinlich aber 1,5 Millionen Menschen ermordet, auf viehische Weise zu Tode gebracht. Dem Prozeß aber, der sich mit dem ungeheuerlichen Geschehen befaßt, präsidiert ein Richter Bogen. Er thront über der Verhandlung wie ein Zuckerbäcker, zwischen alles schmiert er seine Honigfreundlichkeit, er überstreicht den Prozeß mit dem Zuckerguß seiner Verhandlungsführung.

Der Majdanekprozeß ist eine Bühne für die Stars in den Talaren: Da geben die jungen aufstrebenden Staatsanwälte ihre trockenen Statements ab; da hacken die teils selbst faschistischen Verteidiger zynisch auf

plötzlich wie Krähen, die sich am Rand eines großen Gräberfeldes ihre Brocken sichern.

Die jüdische Zeugin sagt auf Antrag der Verteidigung der Lächer aus. Das scheint zunächst paradox, aber die Erklärung ist einfach: Die Verteidigung hat in einem früheren Vernehmungsprotokoll eine entlastende Aussage entdeckt und daraufhin die Aussage vor Gericht beantragt. Im Zeugenstand bestätigt die Zeugin ihre frühere Aussage aber nicht. Die Verteidiger fallen mit zynischen und beleidigenden Fragen über sie her („Haben Sie überhaupt schon mal von diesem Prozeß hier gehört?“). Bald aber geben sie sich zufrieden. Haben sie auch die gewünschte Entlastung nicht bekommen, so haben sie doch etwas anderes gewonnen: wieder einen Tag.

Die Verschleppung ist die Grundtaktik des Majdanekprozesses. (Schon sein Beginn war bis 1975 verschleppt worden.) An jedem Verhandlungstag werden in diesem Prozeß die Früchte dieser Taktik geerntet: Zeugen können sich aufgrund der großen Zeitentfernungen nur mehr ungenau erinnern, Aktenberge werden produziert; der Prozeß wird immer unübersichtlicher, gibt immer neuen Grund zu neuer Verschleppung und Verzögerung. Die Gelassenheit der angeklagten Massenmörder ist berechtigt. Eine Verurteilung — wenn überhaupt — ist noch weit.

Richter Bogen stemmt sich der Verschleppungstaktik der Verteidigung nicht entgegen. Im Gegenteil: Er schleppt mit. Ursprünglich war für den heutigen, den 351. Verhandlungstag die Vernehmung zweier Zeugen geplant. Als die Vernehmung der ersten aber gegen 11.45 Uhr beendet ist, disponiert Bogen um. Er bestellt die zweite Zeugin für den nächsten Tag. Auf das Nachmittagsprogramm setzt er „verfahrenstechnische Fragen“: Zeugenbefragungen, Beweisangebote, Ortstermine. Eine neue Auslandsreise des Gerichts wird geplant. In knapp einer Stunde sind die „verfahrenstechnischen Fragen“ abgehandelt. Um 13.45 Uhr gehen Richter, Staatsanwälte, Angeklagte und Verteidiger in den Feierabend. Der 351. Verhandlungstag ist abgeschlossen.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit?

Volkskorrespondenz aus Essen

Wie der „Rote Morgen“ bereits berichtete, hat der Vorstand des AEG-Telefunken-Konzerns beschlossen, die Gasturbinen-Fabrik AEG-Kanis-Essen (AKE) bis Ende 1980 stillzulegen. Damit vernichten sie in den nächsten eineinhalb Jahren 1300 Arbeitsplätze. Von Anfang an hat der Betriebsrat von AKE mit Aufsichtsratsmitglied und SPD-Stadtrat Fehr an der Spitze der Konzernleitung regelrechte Hilfestellung geleistet. So werden gegenwärtig in manchen Abteilungen immer noch Überstunden gefahren, ohne daß der Betriebsrat dagegen Einwände erhoben hätte.

Am Donnerstag, den 24. August fand in Essen eine Verhandlung vor dem Arbeitsgericht statt. Der Betriebsrat hatte die Geschäftsleitung verklagt, sie habe gegen Paragraph 111 des Betriebsverfassungsgesetzes (BVG) verstoßen, der die Geschäftsleitung verpflichtet, den Betriebsrat „über geplante Betriebsänderungen, die wesentliche Nachteile für die Belegschaft oder erhebliche Teile der Belegschaft zur Folge haben



Lehrlinge von AEG-Kanis bei der Arbeitsgerichtsverhandlung.

können, rechtzeitig und umfassend zu unterrichten und die geplanten Betriebsänderungen mit dem Betriebsrat zu beraten.“

Gegen 10 Uhr wurde der Prozeß eröffnet. Obwohl über 100 Kollegen von AKE zum

Termin gekommen waren, stand nur ein Saal mit zwei Sitzreihen zur Verfügung. Trotzdem gingen fast alle Kollegen hinein, so daß der Vertretung des Konzerns ziemlich unbehaglich wurde, als sich auch hinter ihnen einige Kollegen

aufbauten. So waren gute Voraussetzungen gegeben, den Gerichtssaal in ein Tribunal gegen die brutale Arbeitsplatzvernichtungsstrategie des AEG-Telefunken-Konzerns zu verwandeln.

Doch so etwas geschah — was die Rolle des Betriebsrats betrifft — noch nicht einmal in Ansätzen.

In beredter Weise schilderte Fehr, wie er mit der Betriebsleitung bereits vertrauensvoll zusammengearbeitet habe, als es um die Entlassung von 290 Kollegen ging, wie man da schon kurz vor einer gemeinsamen Lösung gestanden habe und wie er als Betriebsratsvorsitzender gerne auf diesem Wege weitergehen würde. Aber nein — plötzlich sei ein einsamer Vorstandsbeschuß aus Frankfurt gekommen, der die Schließung des Werkes bis 1980 anordne.

Auf diesem Hintergrund fiel es der Kapitaleseite nicht schwer, juristisches Paroli zu bieten. Man habe den Betriebsrat zur gleichen Zeit unterrichtet wie die politischen Stellen in Bund,

Land und Gemeinde und außerdem sei formal das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Trotzdem kamen einige interessante Einzelheiten ans Tageslicht. So wurde zum Beispiel bekannt, daß der AEG-Telefunken-Konzern sämtlichen Kunden in aller Welt im Juli mitgeteilt hatte, daß man die Gasturbinenfabrikation bis Ende 1980 einstellen wolle. Klar, daß von diesem Moment an kein müder Auftrag mehr in Essen ankam, was die Betriebsleitung wiederum zu dem betrügerischen Argument veranlaßte, das Werk müsse wegen Auftragsmangel geschlossen werden. Auch das war für den Betriebsrat ein

weiterer Grund zu jammern, daß man übergangen worden sei.

In Wirklichkeit ist das ein weiterer Beweis, daß die Schließung von AKE Bestandteil eines generalstabsmäßigen Vorgehens ist, um den Konzern mit systematisch geplanten Massenentlassungen zu sanieren, die Profite hochzuhalten. Das Arbeitsgericht beschloß, die Klage des Betriebsrats zurückzuweisen, unter anderem mit der Begründung: „Der Betriebsrat verkennt, daß seine Unterrichtung nicht durch eine einzigen Akt erfolgen muß, sondern ein komplexes Verfahren ist, das sich über Monate hinziehen kann.“

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- | | |
|---|--|
| ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML | ☐ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren |
| ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“ | ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden |

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:

Ausschneiden und einsenden an das Parteilbüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Auf Einladung der Redaktion der albanischen Zeitung „Zeri i Popullit“, dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, bereiste ein Redakteur des „Roten Morgen“ sechs Wochen lang die Sozialistische Volksrepublik Albanien. Bewaffnet mit Notizblock, gespitztem Bleistift und schußbarem Fotoapparat war er Gast bei Betriebsversammlungen, sprach er mit den Herren des Landes, den Arbeitern und Bauern, sammelte er Eindrücke über das Leben der albanischen Werktätigen, die nach eigenen Worten „leben und kämpfen wie im Belagerungszustand“. In dieser Folge unserer Serie wird über den Besuch in einer landwirtschaftlichen Genossenschaft berichtet.



Reisereportage SVR ALBANIEN



Der Verfasser des Artikels [Mitte] mit Angehörigen des Textilkombinats „Stalin“.

Platane an den Kragen geht? Der Schmied! So also ist Kovač zu seinem Namen gekommen.

Jetzt sitzt er, die Mütze auf dem Kopf, vor mir in seinem Büro. Bei ihm sind der Genosse Luan (auch so ein militanter Name — Löwe bedeutet er) und einige andere Bauern aus Cakran. Das Büro macht nicht den Eindruck, daß sich sein Inhaber hier lange aufhält; es spartanisch zu nennen wäre noch eine Übertreibung. Das ganze Inventar besteht aus dem alten Tisch, um den wir sitzen, einer kleinen Vitrine, aus der ganze Stöße von „Zeri i Popullit“, der Parteizeitung, quellen, und dem Schreibtisch, auf dem nur ein Telefon steht und einige neue Exemplare von „Zeri i Popullit“ liegen. An der Wand als einziger Schmuck ein Foto des Genossen Enver Hoxha.

Bei näherem Hinsehen entdeckte ich noch etwas auf dem Schreibtisch: Unter einer Glasplatte liegt ein großer, mit verschiedenen Aufstellungen sorgfältig beschrifteter Bogen. Es ist der Produktionsplan der Genossenschaft, der abgeschlossen vom vergangenen Jahr und der diesjährige, an dessen Verwirklichung die Bauern arbeiten. Kovač fährt mit dem Finger über die Aufstellungen, hält bei einem Posten inne. „Hier“, er klopft mit dem Knöchel auf die

bewundert haben. Von Luan erfahre ich auch, wieviele Ölbäume die Genossenschaft hat: Es sind 120 000, der wichtigste Produktionsfaktor in den Hügeln.

Daneben betreibt die Genossenschaft auch Viehzucht, Rinder, Schafe und Ziegen, in der Perspektive soll auch eine Pferdezucht aufgebaut werden. Mit diesem Bereich jedoch ist der Vorsitzende nicht so ganz zufrieden. „Wir müssen noch

Hungersnot ausbrechen und unser Volk schließlich vor ihnen zu Kreuze kriechen würde. Aber sie haben sich verrechnet damit. Wir sind jetzt seit zwei Jahren in der Lage, den gesamten Bedarf unseres Landes an Brotgetreide selbst herzustellen. Und was ist aus der Sowjetunion geworden? Früher war sie ein blühendes Land, eine reiche Kornkammer. Heute muß dort von Jahr zu Jahr mehr Weizen eingeführt

146 reiche Bauern	4 680 ha
Staat und Kirche	25 100 ha
2 500 mittlere und arme Bauern	2 100 ha
11 000 arme Dorfbewohner	0 ha

Der alte Bauer Mehmet sagt: „Drüben hinter den Bergen, dort wo du hergekommen bist, liegt die Mizeqe. Das ist die größte Ebene in unserem Land und heute die Kornkammer Albaniens. Früher war das die



Der Kampf um Baumwolle

Besuch in einer landwirtschaftlichen Genossenschaft

Unter uns, im Dunst des Frühlingsmorgens, liegt die Industriestadt Fieri. Undeutlich zeichnet sich neben den mächtigen Kühltürmen des Kraftwerks das verwirrende Rohrgeflecht der Phosphatfabrik ab. Dünne Rauchfahnen steigen fast senkrecht in den wolkenlosen Himmel. Wir sind unterwegs aufs Land, auf dem Weg in die Genossenschaft Cakran.

Unbeeindruckt von den zahlreichen Schlaglöchern auf der unbefestigten Straße jagt der Fahrer den Jeep der Serpentin hoch. Doch obwohl wir für den heutigen Ausflug den Fiat mit einem Geländewagen vertauscht haben, ist dies alles andere als eine Expedition in unberührte, wildromantische Bergregionen. Vor einem Menschenalter noch sind diese Berge tatsächlich kahl, unfruchtbar und feindlich gewesen. Inzwischen jedoch hat der Mensch sie erobert und sich nutzbar gemacht. Stufe um Stufe hat er die einst unwirtlichen Berge mit Terrassen umschlossen, bis an ihre Gipfel.

So fahren wir denn auf unserem kurvenreichen Weg nicht durch den wilden Balkan, sondern durch einen einzigen großen Garten. Öl- und Feigenbäume stehen weit auseinander auf den hellbraunen Böden der Terrassen. Und zwischen ihren Stämmen sind Weintrauben, Bohnen oder andere Gemüsekulturen angebaut. Als wir diese Berggärten wieder verlassen, liegt eine weite Ebene vor uns: große Kornfelder, noch in tiefem Grün; dunkle Äcker mit gerade frisch umbrochener Scholle. In der Ferne ziehen einige Traktoren ihren geraden Weg, leise dringt das Geräusch ihrer Motoren bis zu uns heran. Wir passieren mehrere kleine Ortschaften. Weißgetünchte Häuser mit tieferuntergezogenen Ziegeldächern verstecken sich hinter Baumgruppen und blühenden Gärten. Dann liegt das Dorf Cakran, Zentrum der gleichnamigen Genossenschaft, vor uns.

Leuchtend rote Transparente sind über die Straße gespannt. Sie grüßen den 1. Mai. Rechts am Dorfeingang ein großes mehrstöckiges Gebäude: die Schule. Schräg gegenüber das Krankenhaus, dahinter Wohnhäuser und langgestreckte Viehställe. Wir hal-



ten vor einem Komplex niedriger Gebäude, in denen die Kantine des Dorfes und Verwaltungseinrichtungen der Genossenschaft untergebracht sind.

In einem dieser Häuser hat auch der Genosse Kovač sein Büro. Kovač ist der Parteisekretär der Genossenschaft, ein kräftiger, untersetzter Mann in den Vierzigern mit einem von der Sonne geröteten Bauerngesicht. Das erste, was ich über ihn erfahre, ist die Geschichte, wie er zu seinem — in Albanien wohl nicht sehr üblichen — Namen gekommen ist, der ins Deutsche übersetzt Schmied bedeutet. Seine Eltern hatten lange hin und her überlegt, schließlich den Namen Rrapi (Plantane) in Erwägung gezogen. Denn, so dachten sie, ein so fest verkörperter und starker Baum verkörpere wohl die Eigenschaften, die sie sich von ihrem Sohn erwarteten. Die Sache war fast perfekt, bis dem Vater einfiel, daß eine solche Platane — wie mächtig sie auch sei — mit einigen kräftigen wohlhabenden Beilheben gefällt werden könnte. Und wer fertigt das Beil, mit dem es der

Glasplatte, „die Baumwolle, das hat uns am meisten Sorge gemacht.“ Und tatsächlich erkenne ich, als ich dem Parteisekretär über die Schulter schaue, daß hier die Produktionszahl unter der vom Plan vorgegebenen liegt. Es ist jedoch der einzige Posten, der



eine Differenz in dieser Richtung ausweist. Bei den meisten anderen ist es gerade umgekehrt: Die Ergebnisse lagen noch über den Planziffern.

„Weizen: 41,2 Doppelzentner/Hektar

Aber bevor wir uns diesem Sorgenkind widmen, möchte ich doch erst mehr über die „normale“ Produktion wissen. Der Vorsitzende Luan gibt einen knappen und präzisen Bericht über die wirtschaftliche Situation der Genossenschaft. Sie umfaßt neun größere Dörfer und einige kleine Ansiedlungen mit 15 000 Einwohnern. Die bebaute Fläche beträgt 4 700 Hektar, wovon die Hälfte in der Ebene liegt und die andere Hälfte Bergland ist. Angebaut werden hauptsächlich Weizen, Mais und Baumwolle, daneben gibt es auch Gemüse, Tabak, Futterpflanzen usw. Im Bergland konzentriert sich der Obstbau, das sind die Terrassenlandschaften, die wir am Morgen

mehr tun, um das Problem der Futterbasis besser zu lösen“, sagt er. Ganz anders sieht es jedoch beim Getreide aus, das in der Genossenschaft Cakran den Schwerpunkt bildet. Hier sind schier unglaubliche Erfolge erzielt worden. Etwa beim Mais: Von 1971 bis zum Vorjahr konnte der Hektarertrag verdreifacht werden. Und beim Weizen ist es ähnlich.

Luàn zieht eine neue Liste aus seiner Jackentasche. Er sucht in den Zahlenkolonnen. „Hier ist es. 1970 — Ertrag pro Hektar 12,7 Doppelzentner. Ja, und bei der letzten Ernte waren wir schon bei 41,2 Doppelzentnern.“ Das ist übrigens fast exakt das im neuesten Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik aufgeführte Durchschnittsergebnis der westdeutschen Landwirtschaft. Die genaue Zahl: 41,1 Doppelzentner/Hektar; und zum Vergleich die Zahlen aus der DDR (35,6) und aus der Sowjetunion (16,3). Um bei der Sowjetunion zu bleiben: Jetzt während der Erntezeit häufen sich wieder die Meldungen über neue Rekordbestellungen, die von sowjetischen Einkäufern an amerikanischen Weizenbörsen getätigt werden.

Die albanischen Bauern erinnern sich da noch an andere Zeiten. An die Zeiten nämlich, als Stalin noch lebte, als die Sowjetunion noch der große Freund der Völker war. Da nahmen die mit Weizen beladenen Schiffe einen anderen Weg. Sie kamen aus den russischen Schwarzmeer- und Ostseehäfen, und sie löschten ihre lebensnotwendige Fracht an den Küsten der Brudervölker. Auch dem damals noch rückständigen Albanien wurde so geholfen.

Die Bauern erzählen mir, wie sich das schlagartig gewandelt hat, als Chruschtschow die Macht ergriff. „Erpressen wollte er uns, mit allen Mitteln. Auch mit dem Getreide. Schlagartig wurden die Lieferungen eingestellt. Sie haben gehofft, daß bei uns eine

werden.“

Das, so sagten die Genossen in Cakran, ist ein schlagender Beweis — wenn auch nur einer unter vielen — für die Überlegenheit des sozialistischen Systems über die kapitalistische Krisenwirtschaft, die heute auch die Länder Osteuropas ergriffen hat. Diese Überlegenheit, man kann sie erst dann richtig würdigen, wenn man die jetzigen Erfolge in der landwirtschaftlichen Produktion mit dem in Beziehung setzt, was hier vor der Befreiung war.

Eine düstere Vergangenheit

Aus den Erzählungen der älteren Bauern, die diese Zeit noch miterlebt haben, fügt sich das Bild eines unvorstellbaren Elends. Der Hunger war der tägliche Gast dieser Menschen. Sie, die mit dem primitiven Holzpflug, von einem ausgegelmelten Ochsen gezogen, die Felder bebauten, die ihnen nicht einmal gehörten, konnten nur für drei bis vier Monate im Jahr das Brot sichern. Schwer lastete auf ihnen das Joch der Steuern und Abgaben für die Grundherren, für den reaktionären Staat und den gierigen Klerus. Im Museum der Bezirkshauptstadt Fieri habe ich die folgende Tabelle über die damaligen Eigentumsverhältnisse in der Region gefunden. Danach war der Boden vor der Befreiung so aufgeteilt:

(ha = Hektar):	157 000 ha
3 Familien	

reinste Hölle. Der größte Teil der Ebene war mit Sümpfen bedeckt. Und aus diesen Sümpfen krochen die Malaria- mücken. Die Malaria war eine Geißel der armen Bauern. Zu Tausenden wurden die Menschen, vor allem die durch den Hunger geschwächten Kinder, hingerafft. Mit 40 Jahren war ein Mann schon ein Greis. Wenn er überhaupt so alt wurde. Denn damals lag das durchschnittliche Lebensalter nur bei 35 Jahren; bis heute hat es sich verdoppelt.

Die meisten armen Bauern hausten damals in Stroh- hütten, Steinhäuser waren sehr selten. Und da gab es noch nicht einmal einen Rauchabzug für das Feuer. Denn das hatten die Beys, die Herren, verboten. Nur ihre Häuser durften einen Kamin haben, unsere Hütten nicht. So mußten wir im beißenden Rauch sitzen.“

Angeichts dieses Elends organisierte die Partei der Arbeit, damals noch unter dem Namen KP Albaniens, den Kampf für den Boden. Der Befreiungskrieg gegen die italienischen und deutschen Besatzer, der vor vier Jahrzehnten begann, war auch ein Kampf für die Befreiung der Bauern vom Joch ihrer Herren. Und als dieser Kampf gewonnen war, wurde als eine der ersten Maßnahmen der neuen revolutionären Regierung die Landreform durchgeführt. Der Boden wurde denen gegeben, die ihn bebauten. Und wie ging es weiter?

In der nächsten Ausgabe des RM berichten wir über die Kollektivierung in Cakran, über die wirtschaftliche Lage der Bauern und den Besuch bei einer Bauernfamilie.





Terror gegen das Volk, das war die Politik Somozas.

Nicaragua nach Somozas Sturz

Gefährliche Politik der Junta

Heute, wenige Wochen nach dem Sturz des Diktators Somoza, überschlägt sich die Presse, sowohl der westlichen Staaten, wie auch die pseudokommunistische Presse Osteuropas, mit Lobliedern auf die Revolution in Nicaragua.

Insbesondere die sozialdemokratischen Organe tun sich dabei hervor. Sie unterstützen damit eine intensive Arbeit der Sozialistischen Internationale, den Gang der Ereignisse in Nicaragua zu beeinflussen.

So ist es kein Zufall, daß gerade jetzt, wo die Landreform in Nicaragua beginnen soll, der Generalsekretär der Sozialistischen Internationale, der frühere portugiesische Ministerpräsident Soares, sich mehrere Tage dort aufhielt und auch mit Landreformminister Wheelock mehrere Unterredungen hatte. Soares verfügt schließlich über Erfahrungen im Kampf gegen Genossenschaften, die er in Portugal sammelte. Der Bonner Staatssekretär Alwin Brück, der Mitglied von Soares' Delegation war, wußte dann auch im Anschluß im „Vorwärts“ über die Revolution der Großmut zu

berichten. Großgrundbesitzer werden nicht enteignet. Nur der Familienbesitz der Somozas wird — zum kleineren Teil — an die landlosen Bauern gegeben. Selbst Führungskräfte der Nationalgarde Somozas, die Befehle zur Ermordung Tausender gaben, werden freigelassen. Fabrikbesitzer werden aufgefordert, die Produktion wieder aufzunehmen.

Die internationale Unterstützung für die neue Regierung reicht von Washington, von dem Waffenverkäufe verlangt wurden, über die Europäische Gemeinschaft, die sich mit 5 Millionen Mark engagierte, die Bundesrepublik, die 1,5 Millionen aufwandte, bis zu den südamerikanischen Staaten Argentinien, Brasilien und Chile. Einzelne Mitglieder der neuen Regierung wiesen darauf hin, daß in der Berichterstattung der internationalen Presse den Sandinisten zu viel Raum eingeräumt würde, die anderen Kräfte, besonders diejenigen, die industrielle Interessen vertreten würden, gar nicht erwähnt.

Ein Mitglied der Junta drohte gegenüber der amerika-

nischen Nachrichtenagentur UPI, es würde gegen „diejenigen marxistischen Elemente gekämpft, die unsere Revolution sabotieren wollen.“

Die internationalen Bestrebungen, diejenigen Teile der Junta zu beeinflussen und zu stärken, die prowestlich und proamerikanisch sind, werden durch die Aktivitäten Kubas ergänzt, das seinerseits verschiedene Anstrengungen unternimmt, ihm nahestehende Kreise der Junta zu beeinflussen. Mehrere Gespräche nicaraguanischer Delegationen in Havanna zeugen davon. Dabei wurden auch Waffen angeboten.

Offensichtlich steht das nicaraguanische Volk vor der Gefahr, daß seine Hoffnungen, die es an den Sturz Somozas geknüpft hat, und für die es soviel Blut vergossen hat, enttäuscht werden.

Die Entwicklung in Nicaragua bestätigt die Analyse der Genossen der MAP, die wir von einigen Wochen im „Roten Morgen“ veröffentlichten, daß nach dem Sturz Somozas eine Periode verschärfter Klassenkämpfe vor dem Land steht.

Militär gegen Kurden im Iran

Khomeini — gegen die Revolution

Imperialisten wittern Morgenluft

Die bewaffneten Auseinandersetzungen im Iran nehmen täglich zu. Der Ayatollah Khomeini befiehlt der iranischen Armee, mit aller Kraft gegen die Kurden vorzugehen, setzt Belohnungen auf die Köpfe kurdischer Führer aus, droht Befehlsverweigerern in der Armee. Hunderte von Toten gab es bereits bei diesen Kämpfen.

Warum das alles? Weil das kurdische Volk die Erfüllung der Versprechen vom Februar fordert, die nationale und kulturelle Autonomie innerhalb des iranischen Staates. Weil in Nordpersien, wo Kurden leben, die versprochenen Reformen verlangt werden, Agrarreform, politische Rechte.

Der immer offener reaktionäre Kurs Khomeinis und seiner „Partei der Islamischen Republik“ richtet sich gegen die

Maßnahmen, die bisher von den Khomeini-Leuten getroffen wurden, geschahen auf Druck der Volksmassen, die dafür ihr Blut vergossen hatten. Sowohl die Kündigung der Militärverträge mit den USA als auch die Ausweisung der US-Militärberater, die jetzt erfolgte, waren bereits im Oktober '78 Forderungen der streikenden Erdölarbeiter von Abadan gewesen. Die Aufkündigung verschiedener Verträge mit den westdeutschen Monopolen wur-

denn in ihrem Gebiet existiert nach wie vor der berüchtigte SAVAK. Diese Politik der Unterdrückung der demokratischen Bestrebungen der Massen führt nicht nur zu einer Schwächung der Positionen des Volkes, sondern spornt auch die alten reaktionären Kräfte zu neuen Handlungen an. Die Sabotageanschläge auf die Raffinerien und Pipelines, die Eigenmächtigkeiten der alten Offizierskamarilla, die verstärkten Aktivitäten im Aus-



Kurdische Kämpfer vor den Exekutionskommandos der persischen Armee.

Werkstätigen des Iran, gegen die demokratische Bewegung, gegen die nationalen Minderheiten. Er begünstigt mit seiner Politik sowohl die monarchistische Großbourgeoisie als auch die imperialistischen Kräfte, vor allem der USA. Je stärker die Völker des Iran ihre Forderungen erheben, desto mehr wird der reaktionäre Kurs beschleunigt.

Die antiimperialistischen

de monatelang auf allen Massendemonstrationen erhoben, so auch auf der Maidemonstration der Arbeiter in Teheran.

Bis heute aber wurden eine ganze Reihe von Maßnahmen, die die Massen der Bevölkerung beim Kampf gegen das faschistische Schahregime und seine amerikanischen Oberherren gefordert hatten, nicht durchgeführt, wieder rückgängig gemacht oder verhindert. Durch Verbote von verschiedenen Parteien, darunter auch die Kommunistische Partei der Arbeiter und Bauern des Iran, durch die Verbote von fortschrittlichen Zeitungen, wurden die demokratischen Rechte ebenso beschnitten wie durch die Wahlen unter dem Druck der bewaffneten Khomeinikräfte. Den Arbeitern wird gedroht, Streiks würden mit allen Mitteln niedergeschlagen.

Die faschistische Armee wurde nicht aufgelöst. Im Gegenteil, es wurden sogar solche Leute wie der General Gharani, der wilde Schlächter des CIA-Putsches von 1953, mit der Führung der Armee betraut. Es ist kein Zufall, daß gerade die Kurden lautstark demokratische Rechte fordern,

land, vor allem in Paris, zeigen dies deutlich.

Diese Entwicklung begünstigt einen neuen faschistischen Putsch. Einzig und allein die pseudokommunistische „Tudeh“-Partei und ihre Bruderparteien, wie die DKP, bejubeln den Kurs des Regimes der Ayatollahs, das von den sowjetischen Sozialimperialisten hofiert wird — das ist der Weg, von dem sie sich stärkeren Einfluß auf die Entwicklung im Iran erhoffen. Dabei lassen sie sich noch nicht einmal von den Angriffen Khomeinis auf ihre „Tudeh“ beeindrucken.

Die Kommunisten dagegen rufen die Arbeiter, Bauern und alle Demokraten dazu auf, die Errungenschaften des Februar zu verteidigen, die Revolution weiterzuführen, gegen alle Versuche, sie zu unterdrücken. Die Arbeiter vor allem waren es gewesen, die mit ihrem langen politischen Streik unter dem Kriegsrecht der Schahdiktatur die entscheidenden Schläge versetzt hatten. Sie müssen es auch vor allem sein, die heute den Kampf weiterführen, im Bündnis mit den anderen Werkstätigen, mit den fortschrittlichen Kräften der nationalen Minderheiten.

„UNITE!“ Zentralorgan der KPUSA/ML berichtet

15 Gewerkschafter in New Orleans entlassen

TUAL organisiert Kampf um Wiedereinstellung

In ihrer Nummer 14 vom 15. August 1979 berichtete „UNITE!“ von der Entlassung 15 gewerkschaftlicher

Organisatoren durch die Avondale-Werft in New Orleans, Louisiana.

Die 15 farbigen Arbeiter, Mitglieder der „United Steelworkers of America Shipyard Organizin Committee“, der Stahlarbeitergewerkschaft, die auch für die Werften zuständig ist, hatten seit anderthalb Jahren an der Spitze der Bewegung zur Organisierung der Belegschaft gestanden. Die Avondale Werft ist der größte Betrieb im Staat Louisiana, die Kapitalisten haben die gewerkschaftliche Organisierung verboten. Alle 15 waren zwischen neun und sechzehn Jahren bei der Werft beschäftigt und wurden nun unter fadenscheinigen Vorwänden entlassen.

So wurde ein Kollege auf die Straße gesetzt, weil er „keinen Schutzhelm trug“ — nachdem er 14 Jahre dort gearbeitet hatte. Die Entlassungen fanden alle innerhalb einer Woche statt, zu einem Zeitpunkt, da auf der ganzen Werft eine große Bewegung wegen Urlaubsgeld entstanden war und die gewerkschaftliche Organisierung Fortschritte machte.

Über die gewerkschaftlichen Reaktionen auf diese Entlassungen berichtet „UNITE!“ weiter: „Als die Entlassungen bekannt wurden, war die Ant-

wort der Gewerkschaft, einem der Entlassenen die Telefonnummer der „Nationalen Kammer für Arbeitsbeziehungen“ zu geben, damit er selbst Klage einreichen konnte. Die Gewerkschaft selbst wollte die Klage nicht einreichen, weil sie das, nach den eigenen Worten, zu diesem Zeitpunkt mehr kom-

le Verdächtigungen gegen zwei Arbeiter unterlassen soll. Die Antwort der Arbeiter auf die Flugblätter war sehr begeistert. Dieser Überraschungseffekt brachte sehr schnell den Werkschutz ans Tor, der alle Arbeiter registrierte, die die Flugblätter annahmen, während die anderen anstandslos

brutalen Angriffe von Avondale weiterzubringen der sei, hart zu kämpfen und eine breite Unterstützung im ganzen Land zu organisieren, was die „USWA“ nicht wollte.

Einer der entlassenen Arbeiter erklärte: „Es ist kein Zufall, daß wir entlassen wurden. Die meisten von uns waren aktive Organisatoren der Kampagne, aber wir waren auch die schärfsten Kritiker des Weges, den die Gewerkschaft bei dieser Kampagne eingeschlagen hatte.“

Wie „UNITE!“ weiter berichtet, hat die Gewerkschaft inzwischen für die entlassenen Arbeiter Klage eingereicht und viele Solidaritätsbekundungen aus der Werft und anderen Betrieben sind eingegangen. Zum Schluß betont „UNITE!“ nochmals die Wichtigkeit der Organisationskampagne. Nur 16 Prozent der Arbeiter in Louisiana sind gewerkschaftlich organisiert, und die Avondale-Kapitalisten stehen an der Spitze des Kampfes gegen die Gewerkschaften in diesem Staat. Durch die Aktivitäten der TUAL haben die Arbeiter gezeigt, daß sie bereit sind, diesen Kampf, der lang und hart sein wird, zu führen.



promittiert hätte als sie es wünschen konnte. Die Gewerkschaft wollte auch, daß die Entlassungen geheim blieben und keine öffentliche Unterstützung für die entlassenen Arbeiter organisiert werden sollte.

Als Antwort auf diese Taktik der Gewerkschaft organisierte die „Trade Union Action League“ TUAL, (Gewerkschaftliche Kampfliga) eine Postenkette zur Information vor den Toren von Avondale, und verbreitete Flugblätter, auf denen die Entlassungen bekannt gemacht wurden, die Forderung nach Wiedereinstellung erhoben und gefordert wurde, daß Avondale kriminel-

hineinkamen. Danach zogen die Teilnehmer, darunter viele der gefeuerten, zur Gewerkschaft, wo sie verlangten, die Gewerkschaft solle für die Entlassenen Klage einreichen, die Organisationskampagne beschleunigen und den entlassenen Arbeitern helfen, neue Arbeit zu bekommen, Arbeitslosengeld zu bekommen usw.“

Über die weitere Entwicklung berichtet „UNITE!“: „Die Gewerkschaft klagte die TUAL an, ihr aktives Auftreten in diesen Fällen würde die Organisationskampagne behindern. Die TUAL-Mitglieder betonten, daß der einzige Weg, die Organisation angesichts der

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE	
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	215 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Die Betriebszellen unserer Partei in den westdeutschen Großbetrieben haben im Zuge der Vorbereitungen auf den diesjährigen Roten Antikriegstag am 1. September auch die Rolle „ihrer“ Konzerne bei der Entfesselung des faschistischen Raubkriegs und bei der heutigen Rüstungsproduktion durchleuchtet. Wir drucken im folgenden einen Artikel ab, mit dem die Betriebszeitungen der KPD/ML in den Stahlbetrieben zu diesem Thema Stellung nehmen.

Roter Antikriegstag 1979

Stahl und Krieg

Vor 40 Jahren, am 1. September 1939, begann der zweite Weltkrieg. Bilanz: 55 Millionen Tote, 35 Millionen Invaliden, 3 Millionen Vermißte! Angezettelt durch die Weltherrschaftspläne des deutschen Monopolkapitals, ausgeführt von den Nazis, kam es zum größten Massenmord in der Geschichte der Menschheit.

1914...

Diese Verbrechen sind verbunden mit den Namen der großen Stahlkonzerne Krupp, Thyssen, Flick, Hoesch, und sie reichen zurück bis in das Kaiserreich. Schon ein Jahrzehnt vor Ausbruch des 1. Weltkriegs bildeten die rheinisch-westfälischen Großkapitalisten ein Monopol der Schwer- und Rüstungsindustrie, das ungeheure Machtpositionen in Wirtschaft und Staat besaß. Sie waren es, die die Aufrüstung des Kaiserreichs vorantrieben, um ihren Traum von einem deutschen Wirtschaftsimperium von „Bordeaux bis Odessa“ durchzuführen.

Bei Ausbruch des 1. Weltkriegs bildete die Schwerindustrie zusammen mit den großen Banken einen „Kriegsausschuß der deutschen Industrie“, der mit staatlicher Hilfe die gesamte industrielle Wirtschaft in ihrem Interesse steuerte, wobei es vor allem um die Sicherung der staatlichen Rüstungsaufträge ging. Mit dem „Generalrat der Wirtschaft“ schufen sich die Monopolherren 1933 eine ähnliche Institution, durch die sie die unumschränkte Macht über die Wirtschaft ausübten.



Das Geschäft mit dem Krieg

Resolution der ÖTV-Jugend Herne an die ÖTV-Geschäftsstelle

Liebe Kollegen!

Am 1. September 1979 führt der Deutsche Gewerkschaftsbund zentrale Veranstaltungen zum Antikriegstag '79 durch.

Wir, die ÖTV-Jugend Herne, fordern den ÖTV-Kreisvorstand Herne auf, als Vorbereitung zu diesen Veranstaltungen gemeinsam mit den anderen Einzelgewerkschaften im DGB eine Veranstaltung in Herne zum Antikriegstag '79 durchzuführen.

Des weiteren fordern wir Euch auf, über die gewerkschaftlichen Vertrauensleute und die Betriebs- und Personalaräte breit für die Teilnahme an diesen Veranstaltungen in den Betrieben der ÖTV-Kreisverwaltung Herne zu werben.

Durch die bitteren Erfahrungen der Jahre 1933 - 1945 haben die Arbeitnehmer gelernt, daß gerade sie es sind, die unter einem Krieg am meisten zu leiden haben.

Deshalb fordert die ÖTV-Jugend zur aktiven Teilnahme am Antikriegstag '79 unter der Losung auf:
Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Der Krieg — ihr größtes Geschäft

Für die Stahlmonopole war und ist auch heute noch der Krieg das größte Geschäft.

So erhöhte sich der Reingewinn von Krupp bis 1916 um 332 Prozent. Die Hoesch AG konnte ihren Reingewinn von 1 Million Reichsmark (1914/15) in zwei Kriegsjahren auf 17,5 Millionen erhöhen, Mannesmann von 8,1 Millionen auf 24,7 Millionen und Phoenix von 15,4 Millionen auf 52,4 Millionen Reichsmark.

1933...

Nach dem 1. Weltkrieg sind es wieder die gleichen, die für einen neuen Krieg rüsten. Und Hitler ist ihr Mann. Zu den ersten Förderern der NSDAP gehört Fritz Thyssen, der Hitlers ersten Putschversuch 1923 mit 100 000 Goldmark unterstützt. Sein Ziel: die Wiedereinführung des 10-Stunden-Tages und die Durchsetzung des Streikverbots. Thyssen bildet 1926 mit der Rhein-Elbe-Union, der Phoenix AG und den Rheinischen Stahlwerken den größten Montantrust Europas: die Vereinigten Stahlwerke. Dieser Konzern beherrscht 50 Prozent der deutschen Roh-

eisenproduktion und Steinkohleförderung, sowie 40 Prozent der deutschen Stahlproduktion.



Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke), Fritz Thyssen und Walter Borbet (Vereinigte Stahlwerke) empfangen Hitler zu einer Rede im Februar 1932 vor dem Düsseldorfer Industrie-Club. Ohne ihre Unterstützung wäre Hitler niemals an die Macht gelangt.

Ihr Ausweg in der Krise: die faschistische Diktatur

Während der Krise Ende der 20er Jahre und dem Anwachsen der Kämpfe der Arbeiter setzten immer mehr Industrielle auf Hitler, der ihnen die Zerschlagung der Gewerkschaften und der parlamentarischen Demokratie, sowie den Ausbau des Militärapparats versprach. Flick, Siemens, Vereinigte Stahlwerke (Thyssen), Commerz- und Dresdner Bank verständigten sich zuerst mit Hitler und unterstützten die Faschisten mit gewaltigen Summen. Als Ende 1932 die Nazis bei den Wahlen erheblich an Stimmen verlieren, während die KPD — vor allem im Ruhrgebiet — immer mehr an Stimmen gewinnt, sieht das Monopolkapital nur noch einen Ausweg, seine Herrschaft zu retten: die Errichtung einer offen faschistischen Diktatur.

Im November fordern deshalb Thyssen und weitere Konzern- und Bankherren vom Reichspräsidenten, Hitler zum Kanzler zu ernennen. Am 30. Januar wird Hitler zum Reichskanzler ernannt, wie Krupp und Thyssen es gefordert hatten. Krupp ist es dann auch, der '33 mit dem Bau von Panzern beginnt. Das Geschäft mit der Rüstung läuft wieder auf Hochtouren: Krupp steigert den Rohertrag von 130 Millionen 1933 auf 349 Millionen Mark 1936; die Vereinigten Stahlwerke in der gleichen Zeit von 120 auf 248 Millionen; der Flickkonzern von 22,6 auf 70,9 Millionen Mark.

1979: Wieder blüht das Geschäft mit der Rüstung

Heute existiert in der Bundesrepublik ein Militärapparat, der mächtiger ist, als es die Kriegsmaschine Hitlers jemals

war. Und diejenigen, die schon die Armeen Hitlers und des Kaisers aufgebaut haben, sind heute wieder die großen im Rüstungsgeschäft: So ist Flick durch die Tochtergesellschaft Krauss Maffei an der Panzerproduktion und über Dynamit Nobel an der Munitionsproduktion beteiligt. Krupps Tochtergesellschaft MaK fertigt ebenfalls Panzer, bei der Werft AG Weser laufen Kriegsschiffe vom Stapel. Thyssen ist über die Thyssen-Industrie AG auch am Panzergeschäft und mit drei Werften (Thyssen Nordseewerke Emden, Blohm & Voss, Bremer Vulkan) an der Kriegsschiffproduktion beteiligt. So wie diese Konzerne stecken nahezu alle großen Monopolkonzerngesellschaften im Rüstungsgeschäft.

Die Kriegsgewinnler stoppen!

Die reaktionärsten, aggressivsten Elemente des Finanzkapitals, die Herren der Banken und Rüstungskonzerne, haben die Welt bereits in zwei imperialistische Raubkriege getrieben. Sie haben jeden Widerstand mit KZ-Terror erstickt. Sie zögerten nicht, Verbrecher und Banditen wie Hitler, Goebbels und Göring an die Schalthebel der Macht zu setzen, als ihnen das Wasser bis zum Hals stand. Heute, nach 40 Jahren, ist die Gefahr sowohl des Faschismus als auch des Krieges nicht gebannt. Im Gegenteil! Die Wirtschaftskrise in der Welt und in der Bundesrepublik vertieft sich; und mit der Krise wachsen national und international die Spannungen und Konflikte, wächst die Not und das Elend der werktätigen Menschen. „Kampf um Energie“ und „Strauß als Kanzlerkandidat“ — das sind zwei Schlagworte, die die heutige Situation kennzeichnen. Wieder zeigt sich, daß das kapitalistische System mit seinem Streben nach Profit, mit seiner Konkurrenz, seiner Jagd nach Einflußgebieten, Rohstoffen und Absatzmärkten vor Unterdrückung, Faschismus, bewaffneten Konflikten und Kriegen nicht zurückschreckt.

Heute, nach 40 Jahren, heißt es wieder, der Drogen durch Faschismus und Krieg entgegenzutreten. Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten ruft alle fortschrittlichen, friedliebenden und antifaschistischen Menschen auf, mit ihr den 1. September zu einem Kampftag gegen Krieg, Reaktion und Faschismus zu machen.

**Nie wieder Faschismus!
Nie wieder Krieg!
Verhindert ein neues '33!**

Broschüre über Hintergründe von Krieg und Faschismus sollte am 1. September verteilt werden

DGB-Spitze verbietet Antikriegs-Broschüre der Abteilung Jugend

Der geschäftsführende Bundesvorstand des DGB hat der Abteilung Jugend verboten, eine Broschüre zum Antikriegstag zu drucken. Ursprünglich war geplant, diese Broschüre auf den DGB-Kundgebungen am 1. September in hoher Auflage zu verteilen.

Offiziell wird die Zensurmaßnahme mit der lächerlichen Behauptung begründet, man wolle dem „Historikerkongreß“ des DGB im Oktober dieses Jahres nicht vorgreifen.

Bei diesem „Historikerkongreß“ ist das Thema übrigens anders gestellt, wie in der Antikriegsbroschüre. Letztere handelt von den Hintergründen von Krieg, Reaktion und Faschismus sowie von der Entwicklung der Arbeiterbewegung im Kampf dagegen. Besagter Kongreß hingegen soll sich ganz speziell mit der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung befassen. Und zwar unter dem Gesichtspunkt der Auseinandersetzung mit einem revisionistischen Buch zu diesem Thema, das von den Autoren Deppe, Fülberth und Harrer verfaßt worden ist. In Funktionärskreisen des DGB hatte dieses Buch Aufsehen erregt, weil es eine — wenn auch keineswegs ehrliche und konsequente — so doch halbwegs kritische Beleuchtung der verhängnisvollen Rolle der reformistischen Gewerkschaftsführer für die Arbeiterbewegung enthält.

Der „Historikerkongreß“ wird jetzt lediglich als Vorwand angeführt, um die Antikriegsbroschüre abzuwürgen, an der immerhin Spitzenfunktionäre des DGB mitgewirkt haben (zum Beispiel Georg Benz, Vorstandsmitglied der IGM oder Kurt Georgi, Vorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff).

Den Herren Vetter, Loderer und anderen DGB-Bossen geht es nämlich bereits zu weit, daß durch diese Broschüre, die sicherlich nicht von einem re-

volutionären oder gar marxistischen Standpunkt aus geschrieben ist, wenigstens ein bißchen an Wissen um die Hintergründe von Krieg und Faschismus in die Gewerkschaftsjugend hineingetragen wird.

Die „Frankfurter Rundschau“ schreibt zu dem Verbot: „Wie zuverlässig zu erfahren war, wurde jedoch auf der entscheidenden Sitzung des DGB-Vorstandes vor allem Kritik an der Zusammensetzung der Autorenschaft geübt. Sie sei zu einseitig links.“

Im Vorwort zu der verbotenen Broschüre heißt es: „Wir wissen, daß viel zu wenige Jugendliche die Hintergründe des Faschismus, des Krieges kennen, zu wenig über die Drahtzieher, die dies finanziell unterstützten, zu wenig über den Widerstand gegen den Faschismus...“

Das Motiv für die Unterdrückung der Broschüre besteht genau darin, daß die DGB-Bosse ebenso wie die Vertreter des Monopolkapitals der Jugend ein völlig verlogenes Bild über die wahren Ursachen von Krieg und Faschismus und über die deutsche Geschichte einhämmern wollen.

Die Wahrheit über Krieg und Faschismus, und sei es auch nur eine beschnittene und verstümmelte, soll die Arbeiterjugend nach dem Willen dieser Herren nicht erfahren. Denn wenn sie die Wahrheit erst einmal kennt, läßt sie sich nicht wieder auf die Schlachtbank eines imperialistischen Krieges treiben. Und was wird dann aus den Macht- und Profitinteressen der westdeutschen Imperialisten?

Veranstaltungen der KPD/ML zum Roter Antikriegstag 1979

Bochum: 30.8., 20 Uhr, Haus Guzy, Weitmar, Brantrop Str./Schützenstraße

Bremerhaven (Spaden): 31.8., 20 Uhr, Gaststätte Gundermann, Leherstr. 52. Abfahrt in Bremen: 19 Uhr, Waller Seebad.

Dortmund: 30.8., 19.30 Uhr, Haus Göbeln, Schützenstr.

Frankfurt: 31.8., 19.30 Uhr, Volksbildungsheim, Kleiner Saal Eschenheimeranlage

Gießen: 30.8., 19 Uhr, Pizza-West, Hardtalallee 12

Hamburg: 1.9., 20 Uhr, Gaststätte Jarrestadt, Jarrestraße

Kassel: 2.9., 14.30 Uhr, „Roongaststätte“, Frankfurter Str.

Ludwigshafen-Mannheim: 30.8., 20 Uhr, Gaststätte „Concordia“, Mannheim-Neckarstadt, Langstr.

Stuttgart (-Ost): 9.9., 11 Uhr, Gaststätte Friedenau, Rotenbergstr. 127

Westberlin (Wedding): 30.8., 19 Uhr, Hertha-Domizil, Jülicher/Ecke Behmstraße.

Witten (-Annen): 30.8., 19.30 Uhr, Gaststätte Diergarten, Herdecker Str.



Trotz gerichtlicher Verurteilung:

Teufelsaustreiber darf wieder unterrichten

Das Kreisschulamt in Schweinfurt hat offiziell bestätigt, daß der wegen Exorzismus („Teufelsaustreibung“) mit Todesfolge verurteilte Pfarrer Ernst Alt mit Beginn des Schuljahres 1979/80 wieder Unterricht

nachgegeben, ihn wieder einzustellen, der muß sich eines Besseren belehren lassen. Umgekehrt ist es. Kirche und Behörden, bei denen Alt „keineswegs in Ungnade gefallen, vielmehr beliebt und als Predi-

dieses Exorzisten liegt der eigentliche Skandal, sondern in dem Verhalten der Behörden. Da werden fortschrittliche Menschen, Kommunisten und Antifaschisten wegen ihrer politischen Gesinnung aus dem



Die Teufelsaustreiber und ihr Opfer

geben soll. Die Schüler der Hauptschule 2 in Werneck bei Schweinfurt sind es, die von diesem Pfaffen vier Wochenstunden Religionsunterricht erteilt bekommen sollen.

Alt hatte zusammen mit anderen eine „Teufelsaustreibung“ an der 23jährigen Anneliese Michel begangen, an der diese gestorben war. Das unglaublich milde Urteil von sechs Monaten Freiheitsstrafe mit Bewährung (!) hat diesen teuflischen Inquisitor auch noch zu einer Frechheit ermuntert. Wer nämlich glaubt, die Schulbehörden hätten seinem Bitten

ger geschätzt“ ist, haben ihn für den Unterricht geradezu angefordert!

Und dieser Mensch stellt sich auch noch hin und stellt Bedingungen! Zuerst müßten einmal in einer offiziellen Erklärung des Ordinariats die im vergangenen Jahr verbreiteten „Unwahrheiten“ zurückgewiesen werden, wonach er vom Dienst suspendiert worden sei. Aus Alts Mund erfährt man die unglaubliche Wahrheit: „Ich wurde weder von staatlicher noch von kirchlicher Seite suspendiert“.

Nicht in dem Auftreten

Staatsdienst entfernt und mit Berufsverbot belegt. Und um diesen fanatischen Prediger des mittelalterlichen Obskurantismus reißen sich die Behörden und lassen ihn auf Schulkinder los.

Nichts kennzeichnet besser das reaktionäre Schulsystem der Bundesrepublik als diese Tatsache. Das Verschweigen der Verbrechen der Nazizeit, religiöser Aberglaube und Berufsverbote gegen alles, was wirklich fortschrittlich ist — das sind die Säulen des Bonner Bildungssystems.

Thalliumhaltige Halde in Duisburg-Homberg

„Alle möglichen Schadstoffe“ im Ruhrgebiet

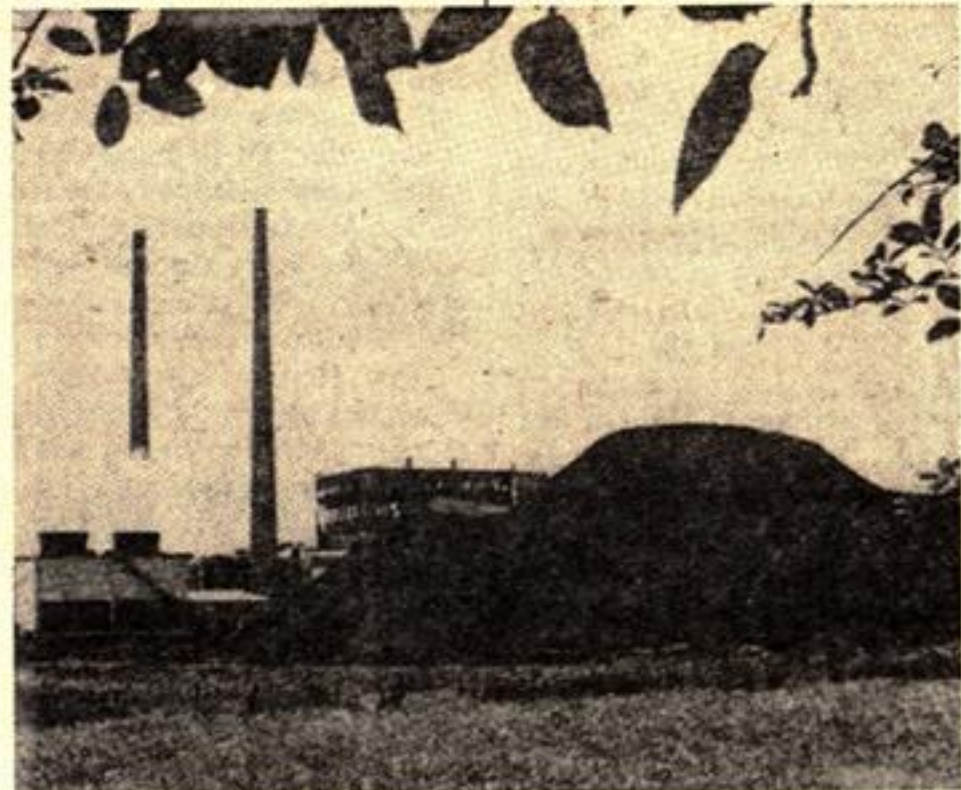
Ein erneuter Umweltskandal macht Schlagzeilen. Am Donnerstag, den 23. August wurde festgestellt, daß aus dem Schornstein eines Zementwerks in Lengerich bei Münster thalliumhaltiger Staub entwichen war.

Thallium ist ein hochgiftiges Metall, das als Staub oder in Wasser gelöst in den menschlichen Körper gelangen kann und zu schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden führt. Die Symptome für eine Thalliumvergiftung sind schwarze Linien am Zahnfleisch, Übelkeit und Nervenschmerzen. Schwere Vergiftungen führen über Haarausfall, Abmagerung und Sehstörungen zum Tod.

Wenn man die Spur des Thalliums zurückverfolgt, führt der Weg zum Duisburger Chemie-Werk Sachtleben. Das Chemie-Werk verfügt über eine thalliumhaltige Eisenoxidhalde, mit deren Material insgesamt 17 Betriebe in der Bundesrepublik beliefert werden. Sie liegen laut WAZ in Heidelberg, Paderborn, Erwitte, Lengerich, Gessecke, Beckum und in drei kleineren süddeutschen Orten. Das Chemie-Werk Sachtleben

bezieht das stark thalliumhaltige Material von einer Tochterfirma im Sauerland. Die

Firma Sachtleben-Bergbau unterhält dort in Lennestadt bei Meggen eine Schwefelkies-



Von dieser Halde stammt das Gift, das in dem Lengericher Zementwerk mit dem Staub aus dem Schornstein kam.

Verurteilung wegen Wahlbetruges

Wie die CSU auf Stimmenfang geht

Im Rahmen der Kommunalwahlen am 5. März 1978 in Bayern hat sich die CSU in Vilseck in der Oberpfalz auf kriminelle Pfade begeben, wie aus einem Urteil des Verwaltungsgerichtes Regensburg hervorgeht.

Polizeiliche Ermittlungen haben 55 Verstöße gegen das Wahlgesetz zutage gefördert, in 23 Fällen wurde Strafbefehl erlassen, der CSU-Vorsitzende von Vilseck kam mit einer Geldstrafe von 9000 Mark davon, die Wahl wurde für ungültig erklärt.

Erwiesenermaßen hatte der CSU-Vorsitzende bei der Stimmauszählung Stimmzettel zugunsten der CSU verändert. Außerdem hatte er sich einen besonderen Wahlservice einfallen lassen. Die Stimmauszählung fand im Kreisaltersheim Axtheid statt, und der CSU-Chef füllte die Briefwahl-scheine der Heimbewohner, die ihm das städtische Wahlamt unzulässigerweise zur Verfügung gestellt hatte, eigenhändig aus. CSU-Mitglieder ließen sich einen Großteil sämtlicher Briefwahlunterlagen vom Wahlamt aushändigen und gingen mit den Unterlagen regelrecht hausieren. Die Beteiligung per

Briefwahl wuchs im Vergleich zu früheren Wahlen gleich um 350 Prozent an, was etwa auf 2000 Stimmen mehr für die CSU hinauslief.

Natürlich hatte der CSU-Bürgermeister, dem die Aufsichtspflicht über die Wahlen als Gemeindevorstand oblag, von dubiosen Machenschaften nicht das geringste bemerkt. Die Gemeindevorstand, die dem CSU-Chef im Altersheim tatkräftig zur Seite stand, wurde rechtzeitig vor dem Prozeß vor dem Regensburger Verwaltungsgericht wegen Gehirnschwind (!) versetzt.

Bestimmt wäre es verfehlt, die Traumergebnisse der CSU bei bayrischen Wahlen ausschließlich auf diese spezielle Art des Wahlkampfes zurückzuführen, insbesondere schon deshalb, weil das bestimmt eine Verleumdungsklage von seiten der CSU-Landesleitung in München nach sich ziehen würde. Aber nachdenklich macht dieser Skandal allemal.

erube, aus der seit über 100 Jahren (!) thalliumhaltiges Erz gefördert wird.

Ministerialrat Pielow versicherte gegenüber der WAZ: „Dem Zementwerk war seit langem bekannt, daß es thalliumhaltiges Eisenoxid verwendet.“ Mit Wissen der Verantwortlichen war so die Bevölkerung von Lengerich und der anderen Städte, in denen thalliumhaltiges Erz verwendet wird, schweren gesundheitlichen Risiken ausgesetzt. Erst Vergiftungsfolgen, wie entlaubte Bäume und kranke Tiere, riefen die Verantwortlichen auf den Plan, aber nur, um zu versichern, daß für die Bevölkerung zu keiner Zeit Gefahr bestanden habe. Auch die Verseuchung des Grundwassers in Duisburg-Homberg, wo der gefährliche Stoff seit über 30 Jahren auf Halde liegt, sei bislang nicht festgestellt worden.

Diese bereits stereotypen Verlautbarungen der verantwortlichen Behörden in Sachen Umweltskandalen sind nicht nur auf unverantwortliche Weise beschönigend, sie sind schlichtweg falsch. Eine wirkli-

hat nämlich noch gar nicht stattgefunden, und man hat auch keineswegs die Absicht, das nachzuholen. Ministerialrat Pielow weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es im Ruhrgebiet unzählige Althalden gibt, wo „alle möglichen Schadstoffe“ lagern. Ein einziges Gutachten aber koste 10000 Mark.

Der Zynismus der Behörden ist schon frappierend. Da wird nicht nur in aller Seelenruhe zugegeben, daß die Menschen des Ruhrgebiets und anderswo möglicherweise von „allen möglichen Schadstoffen“ bedroht sind, da werden mit Hinweis auf die Kosten auch dringend erforderliche Untersuchungsarbeiten abgelehnt. Und die wirklich Verantwortlichen, die Sachtleben-Kapitalisten, die in vollem Bewußtsein seit Jahr und Tag in Duisburg-Homberg das Gift nicht nur aufhäufen, sondern auch noch in alle Himmelsrichtungen liefern, werden von den staatlichen Stellen weder zur Kasse gebeten und schon gar nicht hinter Schloß und Riegel gesetzt. Sie haben ja nur mit der Gesundheit der Werktätigen gespielt.



Samstag, 1. September, 20.15 Uhr, Nord/Hessen III
Der General. Spielfilm mit Buster Keaton aus dem Jahr 1926 (USA).

Montag, 3. September, 23.00 Uhr, ARD
Hier ist John Doe. Amerikanischer Spielfilm aus dem Jahre 1941. Sozialkomödie mit Gary Cooper und Barbara Stanwyck.

Dienstag, 4. September, 23.00 Uhr, ARD
Der reine Schwindel. Lautenlieder, Chansons und Songs von Frank Wedekind. „Der reine Schwindel“ heißt der Refrain eines berühmten Laster-Liedes von Frank Wedekind (1864-1918). Die Schärfe und der polemische Ton seiner Lieder zeichneten Wedekind als einen großen literarischen Satiriker aus.

Mittwoch, 5. September, 21.00 Uhr, Nord/Hessen III
Der gesetzgebende Bauch. Zum 100sten Todestag des Karikaturisten Honoré Daumier.

Donnerstag, 6. September, 22.15 Uhr, ZDF
Domitila aus dem „20. Jahrhundert“. Bericht über das Leben der bolivianischen Frauenrechtlerin Domitila de Chungara.

Freitag, 7. September, 23.15 Uhr, ZDF
Bedrana. Türkischer Spielfilm aus dem Jahr 1973.

In dieser Woche werden im Fernsehen wieder eine Reihe von Filmen über den Beginn des zweiten Weltkriegs gezeigt. Es ist zu erwarten, daß darin wenigstens teilweise wieder die alten Geschichtslügen aufgetischt werden. — Eine gute Zusammenfassung der Vorgeschichte des zweiten Weltkriegs gibt die Broschüre „Geschichtsfälscher“ (Verlag Roter Morgen). Material bietet auch der Artikel über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt im letzten „Roten Morgen“ (Nr. 34).

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526

4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Unterschrift: Datum:

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich

☐ halbjährlich

DM 60,—

DM 30,—

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
ZENTRALE KOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTHER MORGEN“, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231 43 36 91 und 43 36 92

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17.00-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Walle Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.00, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 DUISBURG 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube“, Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo bis Fr 15.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.

2390 FLENSBURG (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10-12 Uhr, Tel.: 0461 / 2 96 01.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 Uhr und 14.30-18.30 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/445162, geöffnet Sa 10 - 14 Uhr

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

3500 KASSEL, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext“, Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10-13 Uhr.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Kären Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo, Di, Do und Fr 9-13 u. 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2400 LÜBECK, Kontaktadresse der Partei: Carmen Hansen, Wickedestraße 19, Tel.: 0451 / 47 38 70.

6700 LUDWIGSHAFEN (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17-19, Sa 10-14 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“ Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa 10-13 Uhr, 8 u. Sa 10-13 Uhr.